

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mt. — Durch die Post bezogen 2.— Mt. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonellzeile 25 Pf. Familienanzeigen von Privatent die 10. Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mt. Inkrate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf., bei Platzvorkauf, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unter Zweigabläufe und alle Postanstalten entgegen

Clas gegen Hindenburg

Die Schuld des „nichtmarxistischen Staatsoberhauptes“

In Plauen tagte am Sonnabend und Sonntag der Alldeutsche Verband, der unter Führung des bekannten Putschisten, des Justizrats Clas, steht. Plauen entwickelt sich allmählich zur Zentralkstelle der alldeutschen Gedankenwelt. Man erinnere sich, daß dort in letzter Zeit wie gegen Stresemann auch gegen eine Reihe Politiker anderer Parteien die Welle gepöbelt worden sind. Das Ereignis der Tagung war die Eröffnungsansprache, die Clas am Sonnabend gehalten hat. Er beschäftigte sich u. a. mit dem Reichspräsidenten Hindenburg und die Telegraphen-Union hat diese Sätze für so wichtig gehalten, daß sie im Wortlaut weitergegeben worden sind. Der Justizrat erklärte:

„Je länger je mehr hat sich gezeigt, daß der Reichspräsident von Hindenburg die Aufgabe nicht erfüllt, die ihm als nicht-marxistischem Staatsoberhaupt gestellt war — die Aufgabe, Deutschlands Rettung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu betreiben. Herr v. Hindenburg hat das nicht versucht, und es will uns gleichgültig scheinen, ob sein Verlangen auf den Mangel an staatsmännlicher Einsicht, an politischem Willen oder an beidem zurückzuführen ist. Schon vorher hatte er die ganze ungeliebte Außenpolitik des Herrn Stresemann hingeworfen und vieles andere gesehen lassen, was seine alten Verehrer an ihm irremachen mußte. Zuletzt hat er das heutige Kabinett des Reichszanklers Hermann Müller berufen, obwohl die Vorgänge bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung zeigten, daß eine brauchbare Staatsleitung daraus nicht hervorgehen könne; und obwohl ihm die Verfassung das Recht gibt, einen Mann seines Vertrauens mit der Regierungsbildung zu beauftragen.“

Kein Unbefangener wird bestreiten, daß seit dem Tage, an dem Herr v. Hindenburg sein Amt übernommen hat, schlechtin alles sich zum Schlechten gewendet hat.

Dafür ist der Reichspräsident der deutschen Gegenwart und Zukunft verantwortlich, und es ist selbstverständlich, daß wir Alldeutschen, die wir zur Zeit des mächtigen Kaiserreiches, des scheinbar unerschütterten Kaiserturns, das als wahrer Erkenntnis vertreten haben, nun pflichtmäßig mit unserem Urteil nicht zurückhalten würden, wo ein Mann an der Spitze des Reiches steht, der als Freiherz sich den Dank des Vaterlandes und die Verehrung aller guten Deutschen erworben hatte.“

Die Alldeutschen waren die Haupttreiber im Kampfe um die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs. Raum war Hindenburg gewährt und schon versuchten die Leute um Clas den neuen Reichspräsidenten als Werkzeug ihrer Pläne zu benutzen. Man erinnere sich der Putschabsichten, die Dr. Clas im Jahre 1926 betrieben hat und an die Enthüllungen, die seinerzeit vom preussischen Ministerium gemacht worden sind. Wohl oder übel war der Reichsanzwalt gezwungen, gegen Clas Anklage zu erheben. Die weitere Verfolgung aber wurde eingestellt, weil nach Auffassung des Reichsgerichts Herr Clas seine Putschpläne nur auf legalem Wege betrieben haben sollte. Und darauf bezieht sich die Wendung in den Darstellungen des betriebenen Putschisten, in der es heißt, daß Hindenburg die Aufgabe gestellt sei, „Deutschlands Rettung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu betreiben“. Die Verfassungsmäßigkeit des geplanten Clas-Putsches war so gedacht — und es liegen eine Reihe Briefe vor, in denen sich die Alldeutschen unmittelbar an Hindenburg wandten — daß Hindenburg auf Grund des Paragraphen 48 regieren sollte. Der Reichstag sollte aufgelöst werden und wenn das neugewählte Parlament den Wünschen der Clasputschisten nicht entsprach, sollte er wiederum der Auflösung verfallen, bis die Grundlagen der Diktatur befestigt seien. Da aber Hindenburg diesen Wünschen nicht entsprochen hat, ist er nun auch bei den Alldeutschen unten durch, und selbst die deutschnationalen Presse ist entsetzt über die Clas-Kritik an dem einst vielgepriesenen „Reiter“ Hindenburg. Die Kreuzzeitung unterschlägt die Äußerungen Clas bis auf das letzte Wort, und die Deutsche Tageszeitung charakterisiert die Rede des Justizrats Clas mit der Überschrift: „Eine bedauerliche Entgleisung.“ Sie bemerkt ferner, daß sie das Urteil der DZ unterschreiben könne, in dem es hieß: „Nur mit dem größten Widerstreben erfüllen wir die publizistische Pflicht, diese ungeheuerlichen Ausfälle wiederzugeben.“

Soweit, so gut. Mit diesen Worten freilich ist die Angelegenheit bei weitem nicht abgetan, denn die Ausführungen des Justizrats Clas wurden lebhaft applaudiert, und die Mehrzahl der Mitglieder des Alldeutschen Verbandes gehört gleichzeitig auch der Deutschnationalen Volkspartei an. Nicht nur, daß Oberfinanzrat Dr. Bang, der bekannte deutschnationalen Abgeordnete von Eugenbergs Gnaden, unmittelbar hinter Clas referierte. Er sprach über das Thema: „Los von Reparationen und Daweslasten.“ Bang wurde erneut in den Vorstand des Alldeutschen Verbandes gewählt, so daß die Alldeutschen und das Urteil Clas über Hindenburg nicht so ohne weiteres abgeschüttelt werden können. Gerade die Alldeutschen haben Hindenburg während der Wahlzeit als den „Reiter“ gepriesen. Jetzt ersticht ihnen der Gedanke, wie reiten wir uns vor Hindenburg.

Im übrigen ist festzustellen, daß bei der Wahl des Vorstandes drei neue Männer aus dem sächsisch-thüringischen Grenzgebiet erhoben worden sind. Ein weiterer Beweis dafür, daß die reaktionäre Strömung im Lager der deutschen Rechten auch in Sachsen immer von neuem Boden gewinnt.

Vom Bund gegen die Völker

Höfliche Reden

SPD Genf, 8. September.

Die am Sonnabend gehaltene Rede des österreichischen Bundeskanzlers, fast mit ebenso großer Spannung wie die Rede des deutschen Reichszanklers erwartet, war ein Meisterwerk rhetorischer Rhetorik und Diplomatie. Er dankte für die Völkerbundshilfe für Oesterreich, die einen Zusammenbruch verhüte, der Fragen aufgeworfen hätte, die Europa noch nicht zu diskutieren, geschweige denn zu lösen imstande sei. Ein warmes Kompliment an Deutschland, das als einzige Großmacht die Schiedsgerichtsklausel des Haager Gerichtshofes unterschrieben habe und die Versicherung, daß Oesterreich nur eine Friedenspolitik betreibe, standen sehr geschickt vor einer bitteren Klage über die Vermehrung der Rüstungen und die Nichterfüllung des den besiegten Völkern gegebenen Abrüstungsversprechens. Alle Völker wollten Abrüstung, betonte Seipel, um dann in der Minderheitenfrage, ohne Italien und Süditalien zu nennen, eine Resolution der dritten Völkerbundversammlung zu zitieren, in welcher der Völkerbund die Hoffnung ausdrückt, daß auch die Staaten, die durch keine Minderheitenvertretungen gebunden seien, in der Behandlung ihrer Minderheiten denselben Grad von Gerechtigkeit und Toleranz wie die übrigen zeigen werden. Endlich schloß sich der österreichische Kanzler dem Verlangen nach einer besseren Behandlung des Minderheitenproblems an.

Das gleiche forderte der schweizerische Bundesrat Motta in einer sehr klugen, den Friedensgedanken in den Vordergrund stellenden Rede, der außerdem betonte, daß der Kelloggspakt durchaus der schweizerischen Neutralitätsidee entspreche. Die unparteiische Ausführung der Minderheitsverträge, betonte Motta, sei und bleibe ein zentrales Problem für die Realisierung der höchsten Ziele des Völkerbundes.

Polens Außenminister Jaleski erklärte sich als Gegner einer ständigen Minderheitskommission, die eine ernste Gefahr für die Völkerbundarbeit bedeuten könne. Ein Ausbau der Minderheitsrechte sei nur möglich, wenn man das Prinzip des Minderheitenschutzes durch eine alle Staaten umfassende Konvention verallgemeinere. Um so mehr lobte er die Verträge zur gegenseitigen Unterfütterung in Kriegsfällen und betonte, daß die Herabsetzung der Rüstungen nur mit Zurückhaltung und in langsamen Schritten vorgenommen werden dürfe. Es genüge nicht, zu sagen: wir wollen abrüsten, um auch die Abrüstung zu ermöglichen.

Litauens Diktator Woldeparas erklärte sich als Anhänger des Kelloggspaktes, dem aber die Androhung von Sanktionen gegen

Friedensbrecher fehle. Er schlug eine Resolution vor, in der eine Unterfütterung darüber, ob nicht das Völkerbundsstatut auf Grund des Kelloggspaktes in diesem Sinne geändert werden müsse, gefordert wird.

Müller bei Cusshendun

SPD Genf, 8. September.

Reichszankler Müller trat dem englischen Delegierten Lord Cusshendun die deutsche Forderung nach der Räumung des Rheinlandes vor. Wie verlautet, verwies Cusshendun auf die verschiedenen Erklärungen Chamberlains im englischen Parlament, daß England der Räumung wohlwollend gegenüberstehe. England würde seine Zustimmung zu einer Räumung jedoch nur bei Uebereinstimmung aller Verhandlungspartner geben können.

Müller nahm am Sonnabendnachmittag einen ausführlichen Bericht eines Saar-Delegierten entgegen und ver sprach der Saar jede deutsche Unterfütterung ihrer berechtigten Klagen und Forderungen.

Katloses aus dem Völkerbundsrat

SPD Genf, 8. September.

Der Völkerbundsrat nahm am Sonnabendnachmittag in vertraulicher Sitzung die Entscheidung für den zurückgetretenen amerikanischen Richter des Haager Gerichtshofes vor. Die zur Neuwahl eines internationalen Richters nötige Uebereinstimmung der getrennten Abstammung von Rat und Versammlung wurde erreicht, indem der auch von Deutschland nominierte Amerikaner Hughes mit 41 Stimmen in der Versammlung und einstimmig im Rat gewählt wurde. Für die in der Vollversammlung abgegebenen Stimmen erhielt Reichsgerichtspräsident Simons.

Der Rat erledigte dann noch verschiedene deutsche Minderheitenbeschwerden durch unbefriedigende Kompromisse. So redeten sich die Polen in ihrer Antwort auf die Beschwerde des Deutschen Völkerbundes über die Ueberfälle auf Angehörige der deutschen Minderheit damit heraus, daß in Oberschlesien eine besonders gezeigte Klassenkampf Stimmung herrsche, und viele dieser Taten im Alkoholrausch erfolgt seien. Die Vereinigung Aufständischer verfolge keine politischen Ziele. Der Rat begnügte sich damit, die Hoffnung auszudrücken, daß die Verhältnisse in Oberschlesien sich bessern werden.

Eine längere Debatte entstand wiederum bei der Behandlung der polnisch-litauischen Frage. Der Bericht des holländischen Delegierten zog die Möglichkeit in Betracht, daß die bevorstehende litauisch-polnische Konferenz nicht zu dem erhofften Ergebnis führen könnte. Das veranlaßte Woldeparas wiederum zu langen Ausführungen, bis schließlich Briand, von Lord Cusshendun unterstützt, eindringlich auf den Geist der Versöhnung hinwies, der doch auch in dieser Frage herrschen sollte. Außerdem sei es nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen nur logisch, die Möglichkeit weiterer Verhandlungen über diese Frage in Betracht zu ziehen. Da Holland im nächsten Jahre aus dem Rat ausscheidet, wurde schon jetzt die Neuwahl eines Berichterstatters über die polnisch-litauische Frage beschlossen. Der anschließende Tagesordnung stehende Bericht der Dreier-Kommission über die Situation der Litauer in Wilna veranlaßte Woldeparas zu weiteren entlosten Reden, die mit wachsender Ungeduld, teilweise mit Heiterkeit, aufgenommen wurden.

„Verzicht auf den Krieg!“

Kielengeschnitzte für Singapur

WTB London, 9. September.

Das Daily News and Westminster Gazette berichtet, daß drei 1885-ige Kielengeschnitzte nach Singapur für die dortige Flottenbasis verschifft wurden. Sie seien 60 Fuß lang, wüngen je fast 150 Tonnen und ihre ungeheure Reichweite und Zerstörungsgewalt genüge, um jeden Feind abzuwehren.

Botschafter Brodtkorf-Rankau gestorben

SPD Berlin, 10. September (Radio).

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf v. Brodtkorf-Rankau, ist am Sonnabendabend in Berlin in der Wohnung seines Bruders plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Der Botschafter stand im 60. Lebensjahre.

Graf Brodtkorf-Rankau, der sich seit dem 24. Juli auf Sommerurlaub befand, ist seit längerer Zeit an anginaähnlichen Erscheinungen. Er beabsichtigte deshalb, sich in den nächsten Tagen zu einer Kur nach der Schweiz zu begeben. Im Verlauf der letzten Woche verschlimmerte sich sein Leiden außerordentlich, vor allem traten Herzbeschwerden hinzu.

Die russische Regierung hat dem Reichskabinett bereits am Sonntag ihr Beileid über den Tod Brodtkorf-Rankaus zum Ausdruck gebracht.

Graf von Brodtkorf-Rankau wurde 1869 in Schleswig geboren. Bis 1894 war er aktiver Offizier und trat dann in den diplomatischen Dienst über. Von 1909 bis 1912 war er Generalkonsul in Budapest, von 1912 bis 1918 Gesandter in Kopenhagen, 1918 wurde er Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Dann bis 1919 Reichsminister. Als solcher war er 1919 Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1922 übernahm er dann den schwierigen Botschafterposten in Moskau, den er bis zum heutigen Tage innehatte. Brodtkorf-Rankau galt als einer der hervorragendsten Diplomaten, der wohl wie kein zweiter der Situation in Moskau

gewachsen war. Er war das Bindeglied zwischen Deutschland und der Sowjetregierung, und gerade in Krisen der Sowjetregierung schätzte man ihn als Diplomaten ganz besonders. Sein Leben war beherrscht von einer großen Arbeitsfreude.

Eine China-Konferenz?

TU Tokio, 9. September.

Das japanische Außenministerium beschloß die Einberufung einer China-Konferenz der Großmächte. Die Konferenz kann nach Ansicht Japans nur von solchen Mächten beschickt werden, die in China Rechte genießen; sie soll folgende Fragen behandeln: Ein einheitlicher Zolltarif in China, der Übergang zum neuen Vertragsverhältnis mit der chinesischen Regierung, die neue internationale Anleihe und andere wirtschaftliche Fragen, die mit der Einberufung der internationalen Kapitalen auf den chinesischen Märkten in Zusammenhang stehen. Der Ort und das Datum der Einberufung der Konferenz ist noch nicht bestimmt. Die Verhandlungen werden noch zwischen Tokio, London, Washington und Paris geführt.

TU Tokio, 8. September.

Das japanische Kabinett bewilligte für die japanischen Truppen in der Nordmandschurei zehn Millionen Yen. Nach dem Vortrag des japanischen Kriegsministers hat das japanische Kabinett beschlossen, keine weiteren Truppen aus China abzurufen. Das japanische Kabinett billigte die Maßnahmen der militärischen Oberbefehlshaber in China zum Schutze der japanischen Interessen in der Nordmandschurei und auch in der Schantungprovinz.

Deutschlands Wirtschaftsverhandlungen mit dem Osten

Am Sonntag ist die deutsche Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen, die am Montag wieder aufgenommen werden, nach Warschau abgereist. Verhandlungen mit Estland über den neuen Handelsvertrag werden am 12. September in Reval beginnen und die Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland, die seinerzeit aus Anlaß des Ingenieurprozesses abgebrochen wurden, sollen Ende Oktober wieder in Gang kommen.

In ihrer Regierungserklärung im Juli hat die jetzige Reichsregierung den Abschluß von Handelsverträgen mit den östlichen und südöstlichen Nachbarländern Deutschlands nicht mit Unrecht eine ihrer Hauptaufgaben bezeichnet. Die jetzt beginnenden Verhandlungen mit den Oststaaten verdienen deshalb besondere Aufmerksamkeit. Vor allem gilt das für die Verhandlungen mit Polen, mit dem sich ja Deutschland seit mehr als zwei Jahren im Zollkrieg befindet. Insbesondere hat auch die deutsche Arbeiterklasse ein wesentliches Interesse daran, daß diesem Wirtschaftskrieg zwischen diesen beiden Nachbarländern nun baldigst ein Ende gemacht wird. Trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten betrug die deutsche Ausfuhr nach Polen vor dem Zollkrieg bereits wieder etwa 400 Millionen Mark im Jahre. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen seit der Kredithilfe durch Amerika günstiger gestaltet und für die deutsche verarbeitende Industrie ist die Möglichkeit zu einem stärkeren Absatz ihrer Erzeugnisse auf dem polnischen Markt gegeben. Andererseits hat Polen ein lebhaftes Interesse daran, seinen Ueberfluß an Rohstoffen und Fleisch in Deutschland abzusetzen.

Von beiden Seiten mußte deshalb sehr ernsthaft daran gearbeitet werden, endlich zu einer Verständigung zu kommen. Beide Verhandlungspartner müssen danach streben, das gewissermaßen natürlichere Ziel einer Arbeitsleistung zwischen deutscher und polnischer Wirtschaft zu erreichen. Gegenwärtiges Nachgeben ist dabei allerdings die Voraussetzung. Polen wird darauf verzichten müssen, künstlich aufgelegte Industriezweige, die nicht konkurrenzfähig sind, durch hohe Zollschränken und andere Abwehrmaßnahmen weiterhin „zu schützen“. Auf der andern Seite wird Deutschland in der Frage der Rohstoffe und Fleischkontingente Entgegenkommen zeigen müssen. Daß Herr Herms, der deutsche Delegationsführer, gerade die geeignete Person wäre, die Verhandlungen auf dieses Gleis zu bringen, muß allerdings bezweifelt werden. Obergewaltige Schwerindustrie und obergewaltige Großagrarier sind auf deutscher Seite die Hauptgegner einer Verständigung mit Polen auf wirtschaftlichem Gebiete. Dr. Herms war bei den früheren Verhandlungen mit Polen der Beauftragte der Reichsregierung, in der Schwerindustrie und Großagrarier den maßgebenden Einfluß hatten. Es wäre sicher nur zum Vorteil der weiteren Verhandlungen gewesen, wenn sich die neue Regierung auch einen neuen Vorkämpfer für die Wirtschaftsverhandlungen gesucht hätte.

Verchiebungen im Reichswehrministerium

Gröners „hoher Bogen“ - Wackelt Herr v. Schleicher?

M. Berlin, 9. September.

Wie wir aus dem Reichswehrministerium erfahren, sind der in Verbindung mit dem illegalen Waffenhandel in letzter Zeit immer wieder genannte Oberleutnant zur See Proke, zuletzt im Reichswehrministerium in der Abwehrabteilung der Marineleitung tätig, sowie der ebenfalls, gleich nach manchem anderen, in diese geheimnisvollen, oder vielmehr geheimgehaltenen Dinge verwickelte Dr. Schäfer, juristischer Leiter der gleichen Abwehrstelle, im Verfolg der Untersuchungen wegen der Kiese-Muntionsgeschichte seit einigen Wochen vom Dienst beurlaubt worden und sollen, wie uns bestimmt versichert wird, ihre bisherigen Posten im Reichswehrministerium nicht wieder einnehmen. So sehen die Tatsachen aus, die den Worten des Reichswehrministers Gröners (am 10. Februar 1928 im Haushaltsausfluß des Reichstags) folgen:

„Sollte irgendein Angehöriger der Wehrmacht daran beteiligt sein, so steigt er in hohem Bogen aus der Wehrmacht heraus.“

Resultat: Man „beurlaubt“ unter Augenzwinkern einige kleine Leute.

Gleichzeitig hat in den höheren Regionen des Reichswehrministeriums ein Vorgang stattgefunden, dessen Zusammenhang mit dem zuletzt im Steinkirch-Prozess durchgefallenen Illegalitäten zwar bestritten werden wird, aber trotzdem besteht. Die Wehrmachtsteilnahme, die politische Stelle des Reichswehrministeriums, ist, wenn auch nicht nominell, so doch de facto, geteilt worden. Selbstverständlich macht man nicht die wirklichen, sondern „rechnerischen Gründe“ geltend. Die Position des Leiters dieser Dienststelle, Oberst von Schleicher, schien nach den zahlreichen Feme- und Beleidigungsprozessen, d. h. nach der wenigstens teilweise Aufklärung der Öffentlichkeit, auch nach Meinung des Herrn Gröners nicht mehr haltbar, als der Herr Reichspräsident den alten Esilabacher Regimentskameraden seines Sohnes und Adjutanten bei der Gemojagd durch eine schmeichelehafte Einlabung, wenigstens zunächst, rettete. Nun aber sieht Herr v. Schleicher sich plötzlich in der Person des jüngsten Offiziers seiner Abteilung, des Majors Theisen, einem selbständigen Referenten gegenüber, und die Abteilung „W“ spaltet sich in „W 1“ und „W 2“. Welche dieser beiden Abteilungen nun von modernem und welche von ganz modernem Offiziersgeist erfüllt sein wird, wird eine vermutlich sehr schnell reichende Zukunft zeigen. Denn auch Herr Theisen hat eine, wenn auch nur kleine, ostpreußische Vergangenheit in interessanter Umgebung.

Die Arbeiten im Reichsinnenministerium

Artikel 48 der Reichsverfassung

Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, ist im Reichsinnenministerium eine gelehrliche Quatdraktion der Nachkriegszeit insofern vorbereitet worden, als nun endlich Schluß gemacht werden soll mit den Verordnungen, die auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung erlassen worden sind, die aber nur deshalb auf Grund dieses Artikels erlassen wurden, weil ein wirtschaftliches Notverordnungsrecht nicht bestand. Im übrigen gehen im Innenministerium die Verhandlungen über das Ausführgesetz zum Artikel 48 weiter, und es wird angenommen, daß der Reichsinnenminister auch hier in der nächsten Zeit zu einer Entscheidung kommen wird. Desgleichen sind die Arbeiten an der Wahlforscher fortgesetzt worden. Auf diesem Gebiete liegt ein Referententwurf vor, in dem u. a. die Vereinfachung der Wahlkreise vorgesehen ist.

Schüsse in einer bolschewistischen Parteiführung

SPD Wiga, 8. September

Der Chef der bolschewistischen Bezirkskomitee in Jadesem (Rußland) leitete im Verlauf einer Sitzung des Bezirkskomitees der kommunistischen Partei mehrere Schüsse ab. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet, ein dritter wurde schwer verletzt. Der Mörder erschoß sich schließlich selbst. Die Gründe der Mordtat sind unbekannt.

Mord, die Waffe des Faschismus!

Opfer, die nicht mehr schreien können

Von G. E. Modigliani.

Dies ist schon das zweite Verbrechen dieser Art. Man ist geneigt, sich zu fragen, ob hier nicht ein Fall krimineller Anstiftung vorliegt, die durch den Mangel jeder Intervention seitens der Polizei und der italienischen Gerichte unterläßt wird.

Vor einigen Wochen begab sich ein Arbeiter aus Fiume — namens Serdoj — zu einer spezialärztlichen Untersuchung, der er sich zur Revision seines Kriegsinvalidenstandes unterziehen mußte, nach Rom. Er war als Antifaschist bekannt und wahrscheinlich kam er während der Reise in die Lage, seinen Gefühlen Ausdruck zu geben. Man hat dann festgestellt, daß ein unbekannter Reisender — der nur der unglückliche Serdoj gewesen sein konnte — von den Faschisten gezwungen wurde in Orte, in der Nähe Roms, den Zug zu verlassen; dort wurde er zum „Faschio“ geführt, wo sich „etwas abspielte“.

Am nächsten Morgen aber fand man nicht weit vom Bahnhof des Ortes die Leiche von Serdoj, der vorher ermüdet worden war, aufgehängt.

Man hatte ihn ermüdet, die Täter aber wollten den Glauben erwecken, daß er sich erhängt habe.

Vergeblich hat die Familie, sogar durch Vermittlung eines Advokaten, irgendwelche Auskünfte über die Täter und die Umstände des Verbrechens verlangt. Der Leichnam wurde heimlich begraben. Die Autopsie der Leiche wurde verweigert, und es wurde kein gerichtlicher Tatbestand aufgenommen. Dieses Vorgehen reizt zur Nachahmung! Tatsächlich hat sich noch ein weiterer Fall

ereignet, geradezu ein Ebenbild des ersten. Joseph Paolotti, ein Sozialist, der seiner Ueberzeugung treu blieb, wurde seiner politischen Ansichten wegen von seiner Stelle als Krankenwärter des Irrenhauses in Rom entlassen. Er kehrte in sein Dorf zurück und besaß sich dort mit dem Anbau seines Grundstücks, doch blieb er seiner Anschauung auch weiterhin treu. Das sollte er aber mit seinem Leben bezahlen. Am 5. August weilten die Faschisten in seinem Dorf, Abese, eine Fehne ein. Da sich die Bevölkerung abseits hielt, begannen die Provokationen. Paolotti konnte sie nicht ertragen und trat dem Chef des lokalen Faschios offen entgegen, der die Zurechtweisung zunächst ohne Erwiderung aufnahm. Aber in der Nacht, als alles im Dorf schlief, überfielen zwölf Faschisten, unter denen sich auch solche in der Uniform der Miliz befanden — Paolottis Haus und mihandelten seine Frau und seine Kinder. Paolotti wurde hinausgedrängt, man ließ ihm nicht einmal Zeit, sich anzukleiden.

Als Nachforschungen angestellt werden konnten, fand man die Leiche Paolottis, ermüdet, in der Mitte eines Feldes.

Es war ersichtlich, daß mehrere Hände den Hals des Mannes zugeknüpft hatten, der es gemagt hatte, den faschistischen Provokationen entgegenzutreten.

Und wieder wurde keinerlei Untersuchung des Falles vorgenommen. Der „Kommandant“, den der Ermordete zurückgewiesen hatte, erklärte, daß seiner Ansicht nach Paolotti nachts wandeln war (was ganz falsch ist), und daß es daher ganz leicht möglich sei, daß er sich selbst erhängt habe!

Am das britisch-französische Abkommen

SPD Paris, 8. September.

Der Quai d'Orsay setzt den Pressenachrichten, wonach Frankreich und England auf ihr Flottenabkommen verzichtet hätten, ein kategorisches Dementi entgegen. Es wäre ein schmachtvoller Rückzug, wenn man dies jetzt tun wollte, wo man das Abkommen in seinem Wortlaut den Regierungen von Washington, Tokio und Rom unterbreitet habe und deren Rückäußerungen in diesen Tagen erwarte.

Auch England dementiert

II London, 10. September.

Lord Cushendun erklärte dem Sonderberichterstatter der Sunday Times in Genf, die Berichte über einen Verzicht auf das englisch-französische Flottenabkommen entbehren jeder Begründung. Im gleichen Sinn sprach sich auch der Innenminister Sir William Jowison Hias aus. Hias lehnte eine nähere Erörterung des Abkommens ab, betonte aber, daß es sich nicht um einen Vertrag handle, sondern daß der Inhalt der Uebereinkunft sich lediglich auf Devisen- und nicht etwa auf Dispositionsmassnahmen beziehe.

Und dennoch erledigt?

SPD London, 10. September.

Die amtlichen Dementis, wonach von einer Zurückziehung des englisch-französischen Flottenkompromisses nicht die Rede sein könne, finden in gut unterrichteten englischen Kreisen keinen Glauben. Es kann vielmehr infolge der während des Wochenendes stattgefundenen Besprechung zwischen Baldwin und Lord Cushendun in Ayles-Bains als sicher gelten, daß das Kompromiß nunmehr endgültig fallengelassen worden ist. Lediglich über den besten Zeitpunkt und die beste Methode, die Öffentlichkeit hierüber zu verständigen, ist noch kein Entschluß gefaßt worden. Die Entscheidung über letztere wird vom Charakter der bevorstehenden offiziellen amerikanischen Meinungsäußerung zum englisch-französischen Flottenkompromiß abhängen.

Der König braucht Geld

Sogu regiert!

Tirana, 8. September.

Der teilweise künstlich entfachten Begeisterung der Albaner für den neuen König folgt jetzt der Rakenhammer. In den letzten Tagen sind hohe Strafen gegen alle Kaufleute verhängt worden, die während der Krönungsfeierlichkeiten ihre Geschäfte und Läden offen halten. Viele kleine Leute haben Geldstrafen von 100 Goldfranken erhalten. Ein Hauptgegner des neuen Königs, der Baktrakt von Shala, Lush Preza, ist soeben von Sogus Beauftragten mitschuldig ermordet worden.

Der Baktrakt von Shala war einer der angesehensten Führer der Nord-Albaner. Er war 1926 aus Angst vor Ahmed Zogu über die albanisch-serbische Grenze geflüchtet. Jetzt wurde der Gendarmeriechef von Skutari beauftragt, die Ermordung durchzuführen. Dazu engagierte er sechs bis sieben Leute, die in Uniformen von jugoslawischen Gendarmen gekleidet wurden. Sie schlichen sich über die Grenze und besaßen dem Baktrakt, ihnen zu folgen. Dann erschossen sie ihn. Bei den Vergebewohnern Nordalbanens hat diese Tat fürchterliche Empörung hervorgerufen. Die Tat wird nicht ohne Folgen sein, da die Leute von Shala und die Missetaten dem König Wuttrache geschworen haben.

Natürlich wird nicht täglich jemand in jedem Dorf Italiens ermüdet; doch zeigen diese beiden Fälle, in welcher Art der Faschismus in Italien „die Sitten bessert“, und welchen Menschen er die Führung der Staatsverwaltung anvertraut. Und es gibt, leider!, im Ausland viele Menschen, die diese Führung als ein Regime des sozialen Wiederaufbaues bezeichnen, dem sie eine eigne Philosophie und sogar — Moral zusprechen.

Unterdessen füllen sich die Gefängnisse Italiens und mehrern sich in ihnen die Todesopfer.

Besonders erschreckende Nachrichten kommen uns aus der Toskana zu. Es hat den Anschein, daß man den Verurteilten ganz besondere „Aufmerksamkeit“ zuwendet, die sich im Laufe der Ereignisse vor einigen Jahren mit den Faschisten geschlagen haben! In dem kleinen Städtchen Empoli allein wurden drei Familien verständig, daß sie um den im Gefängnis erfolgten Tod ihrer Angehörigen Trauer anlegen können.

Weltere Taten werden folgen! Den politischen Internierten, die aus gesundheitlichen Rücksichten in Krankenanstalten gebracht wurden, wird aus nichtigen Gründen die für die Schwere, oft Lobkranken notwendige Pflege entzogen, und sie werden in die härtesten Gefängnisse zurückgeschickt.

In den Listen, die uns zur Einsicht vorliegen, kommen hauptsächlich Anarchisten vor, die von den kommunistischen Bulletin als der Dritten Internationale angeschlossen bezeichnet werden! Ach, diese Gaukler, die weder vor den Toten noch vor den Sterbenden Halt macht! Doch wird uns dies nicht hindern, die Tatsache zu unterstreichen, daß Kommunisten, die kürzlich vom Spezialtribunal verurteilt wurden, aus Mangel an Menschlichkeit in den für sie ausgesuchten Gefängnissen der Benützung preisgegeben sind. Terracini sitzt in St. Stefano (Lombardien) an Blutvergiftung. Der Gefängnisarzt hat soeben erklärt, daß ihm die Möglichkeiten fehlen, eine solche Krankheit zu behandeln. Aber niemand denkt daran, den Kranken anderswo unterzubringen. Massi befindet sich noch immer in Mailand im Krankenhaus des Gefängnisses, wo er einer sehr schweren chirurgischen Operation unterzogen worden sein soll. Vor einiger Zeit klagte er über unerträgliche Kopfschmerzen, die seiner Meinung nach (Massi ist selbst ein bedeutender Arzt) eine Folge der Schläge sind, die er in der Abgeordnetenkammer bei seiner letzten Rede erhielt.

Unterdessen begeben sich faschistische Deputierte zum Interparlamentarischen Kongress nach Berlin, um ihrer Bezeichnung nach ein „Parlament“ zu vertreten, das doch nur als „Kommo“ im wahren Sinne des Wortes bezeichnet werden kann. — So soll verhindert werden, daß die Schreie der Opfer gehört werden!

Aber immer wieder finden sich Kräfte, die dem schamlosen Versuch der italienischen faschistischen Abgeordneten Widerstand bieten.

In Berlin haben verbannte italienische Deputierte durch einen Protest, der von deutschen Genossen stark verbreitet wurde, den faschistischen Abgeordneten das Recht abgesprochen, im Namen des italienischen Parlaments aufzutreten; und die sozialistischen Deputierten aller Länder, die an dem Kongress teilnahmen, haben eine Protestresolution im gleichen Sinne unterzeichnet.

Nächstes Jahr wird sich wohl jemand finden, der verlangt, daß die Interparlamentarische Zusammenkunft unter dem Chpräsidium der vom Faschismus gemordeten Abgeordneten stattfinden!

Die Sozialdemokratie in der Schweiz

SPD Zürich, 10. September. (Radio.)

Die Schweizer Sozialdemokratie hielt am Sonnabend und Sonntag in Zürich ihren Parteitag ab. Der Kongress, auf dem 98 000 Mitglieder durch 434 Delegierte vertreten waren, gestattete sich zu einer wichtigen Kampfsache gegen den bürgerlichen Schweizer Bundesrat und die Schweizer bürgerlichen Parteien, die die im Oktober bevorstehenden Wahlen zum Nationalrat unter der Parole „Gegen die rote Gefahr“ zu führen beabsichtigen. Ein neues Bauernprogramm, dem österreichischen und deutschen Vorbild nachgeahmt, soll die enttäuschten kleinen Bauern unter den roten Fahnen sammeln. In bezug auf die Frage der Getreideeinfuhr tritt die Schweizer Sozialdemokratie nach wie vor für das Staatsmonopol ein.

Reinhard wurde als Parteipräsident wiedergewählt. Voraussig soll Bern weiter der Sitz der Parteileitung bleiben. Eine Kommission soll prüfen, ob nicht durch eine Dezentralisation die Werbekraft der Partei in den italienischen und französischen Kantonen verstärkt werden kann. Ein Genfer Antrag auf Abschaffung der Fremdenlegion, die in der Schweiz sehr aufdringlich Rekruten werbt, soll von Grimm in der nächsten Bureauauskunft der Arbeiter-Internationale vertreten werden. Ein anderer Genfer Antrag auf Erlass eines Verbotes gegen die Mitgliedschaft von Parteimitgliedern in Freimaurerlogen wurde der Parteileitung zur Prüfung überwiesen.

Politischer Mord in Laibach?

II Wien, 8. September.

Die Stunde meldet aus Laibach: Sonnabendnacht ist hier ein sensationeller Mord verübt worden, der als persönlicher Racheakt gedeutet werden kann, aber auch eines politischen Hintergrundes nicht entbehren dürfte. Es handelt sich um den Holzgroßhändler Beric. Beric war zu Beginn des Jahres in eine Spionageangelegenheit verwickelt, die durch eine Nachricht des Laibacher nationalen Blattes Orjuna bekannt wurde. Das Blatt warf Beric vor, daß er für den italienischen Konsul in Laibach arbeite, dem er viele Mitglieder der Orjuna denunziert habe. In der Nacht zum Sonnabend ereignete sich nun der Mord an Beric. Beric lag mit seiner Frau beim Abendessen, als plötzlich durch das offene Fenster ein Schuß auf ihn abgefeuert wurde. Beric konnte sich noch erheben, stürzte aber sofort tot zusammen.

Unterdrückte Kommunisten-Rundgebungen

WW Paris, 9. September.

Die kommunistische Partei Frankreichs hatte für heute im Einverständnis mit der kommunistischen Stadterwaltung von St. Denis eine große Rundgebung geplant. Die Regierung hatte die Rundgebungen und den Zugang nach St. Denis verboten und alle Wege, die zu dieser Kommune führten, gesperrt lassen. Im Verlauf der Versammlung wurde die Verhaftung des Parteimitglieds, Rundgebungen zu veranstalten, gemacht worden, weshalb die Polizei zu Verhaftungen schritt. Es wurden gegen 800 Verhaftungen vorgenommen.

Ein Volksentscheid-Problem

Von Rechtsanwalt Dr. Rudolf Neumann, Leipzig.

Durch das kommunistische Volksbegehren, gerichtet auf ein gesetzliches Verbot des Baues von Panzerschiffen und Kreuzern, ist die breite Öffentlichkeit erneut auf die in der Reichsverfassung enthaltenen Institute des Volksbegehrens und des Volksentscheids aufmerksam geworden.

Anders als nach der Verfassung des früheren Kaiserreichs, wo das Volk lediglich bei der Wahl der Reichstagsabgeordneten — also auch nicht direkt — sein Schicksal mitbestimmen konnte, kennt die Weimarer Verfassung eine unmittelbare Anrufung des Volks über die Frage, ob eine Vorlage Gesetz werden solle oder nicht. Eine Eigentümlichkeit ist hierbei freilich bemerkenswert: Zum Volksentscheid kommt es nicht schon auf Grund der Tatsache der Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes, vielmehr bedarf es in jedem Einzelfalle des Antrags einer interessierten Stelle oder Gruppe. Dieser Antrag kann wieder ein Doppeltes bezwecken: Entweder soll er dazu dienen, der Gesetzesvorlage, die von den gesetzgebenden Faktoren nicht angenommen wurde, verbindliche Kraft zu verleihen (sog. Sanktion) oder aber er bezweckt, ein schon beschlossenes Gesetz zu Fall zu bringen (sog. Veto). Demnach gibt es Volksentscheide zwecks Sanktion eines Gesetzes und Volksentscheide zum Veto.

Die Reichsverfassung kennt nun 6 Fälle des Volksentscheids bei Fragen der Reichsgesetzgebung; 2 hiervon dienen der Sanktion, 4 dem Veto. Der Sanktion dient der Volksentscheid:

1. Wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten unter Zugrundelegung eines ausgearbeiteten Entwurfs seine Vorlegung begehrt und der begehrt Gesetzentwurf im Reichstag nicht unverändert angenommen worden ist.
2. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichstag und Reichsrat, d. h. falls gegen ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz der Reichsrat Einspruch eingelegt, der Reichstag jedoch bei der hierdurch erforderlichen Wiederholung nachmaligen Beschlussfassung mit lediglich einfacher Mehrheit entgegen dem Einspruch entschieden hat. Dieser Volksentscheid findet aber nur statt, wenn ihn der Reichspräsident anordnet. Nach dem Präsidenten von diesem Rechte keinen Gebrauch, so gilt das Gesetz als nicht zustande gekommen. Dem Veto dient der Volksentscheid in folgenden Fällen:
1. Wenn der Reichspräsident den Volksentscheid über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz (ohne daß ein Einspruch des Reichsrats vorliegt) binnen einem Monat nach der Beschlussfassung anordnet.
2. Auf Anordnung des Reichspräsidenten bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichstag und Reichsrat, falls der Reichstag mit Zweidrittel-Mehrheit entgegen dem Einspruch des Reichsrats entschieden und hiermit den Einspruch überwinden hat.
3. Auf Verlangen des Reichsrats, wenn der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen hat.
4. Wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten den Volksentscheid beantragt, nachdem auf Verlangen eines Drittels des Reichstages die Verkländerung eines Reichsgesetzes um 2 Monate ausgesetzt ist.

Hervorzuheben ist, daß ein Volksentscheid über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen niemals vom Volke aus erzwungen werden kann, weder im Wege des Volksbegehrens durch ein Zehntel der Stimmberechtigten (1. Fall), noch durch ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten im Zusammenwirken mit einer Reichstagsminderheit (letzter Fall). Die Herbeiführung eines Volksentscheids über diese Fragen ist der freien Entscheidung des Reichspräsidenten überlassen, der freilich hierbei wie zu allen Regierungsmaßnahmen der Gegenzeichnung eines Ministers bedarf.

Keinen Volksentscheid im engeren Sinne stellt die Volksabstimmung über die Absetzung des Reichspräsidenten dar. Sie wird aber in ihrer Durchführung den erwähnten Fällen des Volksentscheids im wesentlichen gleichgestellt (§ 2 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921). Eine politische Bedeutung hat diese Unterart der Volksbefragung in diesen Tagen dadurch gewonnen, daß in der Presse die Behauptung auftauchte, der Volksentscheid nach der Reichsverfassung stehe auf dem Papier, einzig die gesetzlichen Regeln der Volksabstimmung über die Präsidenten-Absetzung ermöglichten es, von der Stimmung der Wählerschaft ein zutreffendes Bild zu erhalten.

Diese überausgehende Behauptung gründet sich auf Artikel 75 der Reichsverfassung:

„Durch den Volksentscheid kann ein Beschluß des Reichstags nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt.“ Da jeder Volksentscheid zum Veto sich gegen einen im Reichstag gefassten Beschluß auf Annahme eines Gesetzes richtet, ist hier die stete Geltung des Artikels 75 unbestreitbar. Etwas anderes liegt es bei den Volksentscheiden zur Sanktion. In den Fällen 1, 3 und 4 hat sich der Reichstag durch Ablehnung des Gesetzesurteils in einem dem Thema des Volksentscheids entgegengesetzten Sinne festgelegt. Erfolg hat also der Volksentscheid nur, wenn die Abstimmungsbeteiligung der Wählerschaft des Artikels 75 entspricht. Im Falle 2 jedoch soll durch den Volksentscheid gerade das gleiche Ergebnis wie durch den Reichstagsbeschluß herbeigeführt werden; Artikel 75 bleibt hier also außer Betracht.

Welche Bedeutung hat nun die Tatsache, daß — abgesehen von der Volksabstimmung über die Präsidentenabsetzung — in allen wesentlichen Fällen der zum Volksentscheid gestellte Antrag nur unter Beachtung des Artikels 75 als angenommen gilt? Die Antwort liegt in folgendem.

Während bei Abstimmungen im allgemeinen die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet, führt die Vorschrift des Art. 75 dazu, daß die Gegner des zum Volksentscheid gestellten Antrags nur die Parole der Stimmenthaltung auszusprechen brauchen, um den Befürwortern des betreffenden Antrags die Last aufzubürden, die absolute Mehrheit aller Stimmberechtigten für ihren Antrag an die Urne zu bringen. Da aber erfahrungsgemäß die Beteiligung bei den öffentlichen Wahlen oder Abstimmungen schwerlich mit mehr als 75 Prozent veranschlagt werden darf, bedeutet das praktisch die Schaffung einer Zweidrittel-Mehrheit innerhalb der politisch interessierten Wählermasse, um einem Antrage zur Annahme zu verhelfen. Zwar bestimmt Artikel 78 Absatz 1 Satz 4, daß die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist, falls auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden soll, zwingt also u. U. zur Schaffung einer annähernden Zweidrittel-Mehrheit innerhalb der aktiven Wählerschaft, falls die Gegner die Enthaltungsparole ausgeben. Dies ist hier aber keine auffällige Ersetzung, da ja auch verfassungsändernde Reichstagsbeschlüsse eine Zweidrittel-Mehrheit erfordern.

Die Vorschriften der Reichsverfassung haben demnach das unerfreuliche Ergebnis, daß bei Volksentscheiden auch über nicht verfassungsändernde Reichsgesetze die Gegengruppe dazu

Die Schande der Bolschewisten

Eine alte Bolschewistin im Gefängnis

(P.G.) Mitte April dieses Jahres ist in Rußland die in weiten Kreisen der Partei bekannte Genossin Ewa Brodskaja in die Hände der Tscheka gefallen. Nach einer „Untersuchungshaft“ von 8 Monaten ist sie durch das „Kollegium“ der Tscheka im Geheimverfahren (und selbstverständlich ohne jegliche Gerichtsverhandlung) zu drei Jahren Gefängnis „verurteilt“ worden, und büßt nun diese Strafe in dem alten Gefängnis von Suzdal.

Genossin Brodskaja gehört zu der „alten Garde“ der russischen Sozialdemokratie, der sie vor mehr als 30 Jahren beigetreten ist. Energisch, temperamentvoll, aufopferungsfähig, gelangte sie bald in die ersten Reihen der Führer der Arbeiterklasse Rußlands. Dafür mußte sie im zaristischen Rußland zahlreiche Gefängnisse und Verbannungsorten erdulden. Viele Jahre ihres Lebens verbrachte sie in den Kerzern und in Sibirien. Eine Zeitlang lebte sie in der Emigration im Auslande, kehrte aber dann bald wieder nach Rußland und zur Parteiarbeit zurück, was eine neue Reihe von Ver-

folgungen und Verbannungen nach sich zog. So ging es bis zum Jahre 1917. Die bolschewistische Revolution fand Ewa Brodskaja in den Reihen der Sozialdemokratie (Richtung Martow) und der bald eingeleitete Terror machte ihr schon im Jahre 1919 den Aufenthalt in Rußland unmöglich. Sie flüchtete ins Ausland und ließ sich in Berlin nieder. Sie betätigte sich aber weiter an der Parteiarbeit, wirkte mit an dem Zentralorgan der Partei „Sozialistische Weltzeitung“ („Sozialistischer Wotnik“), vertrat dieselbe an internationalen Konferenzen und Kongressen, und beteiligte sich an den Arbeiten innerhalb der internationalen Frauenbewegung. Aber ihre Natur konnte sich mit dem Emigrantendasein nicht zufrieden geben. Im Spätherbst 1927 ging sie, selbstverständlich illegal und unter großen persönlichen Entbehrungen und Gefahren, nach Rußland, um dort gegen ihrer ganzen Vergangenheit, im Sinne der russischen Sozialdemokratie weiter zu wirken. Aber im April 1928 erlitt sie das unvermeidliche Schicksal und sie wurde verhaftet. Nun ist sie Gefangene der Tscheka. Die Achtung vor der verdienstvollen Revolutionärin war wohl auch in den Reihen der Bolschewisten selbst groß genug, um sie vor den allerhöchsten Schranken zu bewahren. Die Behandlung im Gefängnis scheint, den Berichten nach wenigstens, vorläufig erträglich zu sein. Aber daß nun Ewa Brodskaja durch einen einfachen Beschluß der Tscheka in ein streng isoliertes politisches Gefängnis ausschließlich für das „Verbrechen“ der Propaganda ihrer sozialdemokratischen Überzeugungen gesteckt wurde — etwas anderes wurde der Genossin Brodskaja selbst von der Tscheka niemals zur Last gelegt — wirft ein bezeichnendes Licht auf die politischen Zustände in Sowjetrußland.

Das Gewissen der europäischen sozialistischen Arbeiterklasse wird sich niemals mit dieser schamvollen Behandlung russischer Sozialisten ausöhnen können. Die europäische Arbeiterklasse, die in ihren Ländern für Freiheit und Demokratie kämpft, kann nicht ein politisches System anerkennen, dessen Wesen nach Bucharin und Tomski darin besteht, daß „die kommunistische Partei an der Macht sein wird und alle anderen im Gefängnis sitzen sollen“. Sie kämpft nicht nur gegen die Ausschüßte des bolschewistischen Terrors, wie gegen die Zustände auf den Sowjetfestsitzen, sondern gegen das Terrorregime selbst.

Die der S.W.R. angeschlossenen Parteien kämpfen mit der größten Entschiedenheit und recht viel Erfolg für die Amnestierung der Kommunisten und haben unter anderem die Freilassung eines Max Höpfig durchgeleitet, der Führer eines bewaffneten Aufstandes war. Mit gleichem Nachdruck wird die S.W.R. den Kampf gegen den Terror in Rußland führen und nicht erlahmen bis die russischen Genossen befreit und das blutige Tschekaregime abgeschafft ist.

9 Jahre im U-Boot auf dem Meeresgrund

SD Die sterblichen Überreste der 44 Offiziere und Matrosen, die bei der Versenkung des britischen U-Bootes L 55 im Jahre 1919 in den baltischen Gewässern ihren Tod fanden, wurden — wie aus London berichtet wird — am Freitag in der Nähe von Portsmouth unter militärischen Ehren zu Grabe getragen.

Die GPU im Kampf

II Romno, 7. September.

Nach Meldungen aus Moskau wird dort amtlich mitgeteilt, daß eine Bande die russisch-rumänische Grenze überschritt und in einem russischen Dorfe vier Kommunisten ermordete. Die GPU, die diese Bande bereits seit längerer Zeit verfolgte, nahm den Kampf mit der Bande auf. Dabei wurden neun Mitglieder der Bande getötet.

Es dürfte sich hierbei wohl um einen Kampf der GPU gegen gegenrevolutionäre Bestrebungen handeln.

Immer dieselben!

Kommunisten führen eine Freidenkerkundgebung

SD Barmen, 10. September. (Radio.)

Der Gau Rheinland-Westfalen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung hielt sein diesjähriges Freidenkerfest für Rheinland-Westfalen in Barmen ab. Diese Veranstaltung, zu denen stets Zehntausende erscheinen, bilden immer einen sehr wirkungsvollen Kampf gegen die Kirche und für die Interessen der proletarischen Freidenkerbewegung. Diesmal erhielt die Tagung eine besondere Note durch den Umstand, daß um dieselbe Zeit in Magdeburg die Herrschaft der Katholiken tagte.

Wie immer, wenn es gilt, für die Arbeiterklasse zu demonstrieren und gegen die Reaktion zu kämpfen, war auch hier wieder die kommunistische Partei auf dem Plan, um ihr Zerstückelungswerk zu betreiben. Entgegen den ausdrücklichen Wünschen des Verbandes, keine Parteiflaggen und sonstige Parteielemente mitzubringen, um den überparteilichen Charakter dieser Organisation zu wahren, hatten die Kommunisten nicht nur Fahnen, sondern auch Schilder mit parteipolitischen Inschriften mitgebracht, sogar Schilder mit Inschriften, die sich gegen den sozialdemokratischen Verband desselben Verbandes wandten, der hier Veranstalter des Treffens war.

Ganz selbstverständlich gab dies einem großen Teil nicht kommunistisch orientierter Verbandsmitglieder Veranlassung, ihre Beteiligung aufzugeben. Damit war schon, wie es ja die kommunistischen Drahtzieher auch beabsichtigt hatten, die Demonstration gegen die Kirche in ihrer Wirkung wesentlich abgeschwächt. Alle Versuche, auf gutlichem Wege die Zurückziehung der Embleme und provokatorischen Schilder zu erreichen, wurden zurückgewiesen, so daß man sie, um den Eklat nicht auf die Spitze zu treiben, im Zuge ließ. Es sollte aber noch besser kommen. Als die Ansprachen im Saale gehalten wurden, postierten sich ausgesessene Mitglieder des Verbandes und Rotfrontkämpfer um den Bühnenvorraum, inszenierten den üblichen Tumult, um schließlich tötlich gegen die Redner vorzugehen. Es ist selbstverständlich, daß die Verbandsleitung diese schamlosen Vorfälle der kommunistischen Rowdys mit den schärfsten Maßnahmen beantworten wird.

Türkei erkennt Zoghul nicht an?

II London, 10. September.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, tritt die dortige Zeitung Djumhuriyet in einem amtlich beeinflussten Bericht dafür ein, daß die Türkei die albanische Monarchie nicht anerkennen und den türkischen Gesandten in Tirana sofort abberufen solle.

Aus Moskau wird gemeldet: Komeneff, der ehemalige Sowjetbotschafter in Rom, der seinerzeit wegen seiner Zugehörigkeit zur Opposition gemohrt wurde, wurde zum Vorsitzenden der wissenschaftlich-technischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates ernannt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hugo Saupe in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Hugo Saupe in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengasse Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Zwei Schiffsunfälle

II Hamburg, 10. September.

Ein folgenschwerer Dampferzusammenstoß ereignete sich am Sonntag gegen 21,30 Uhr nach Beendigung eines Feuerwerks, das den Abschluß der Altonaer-Blankeneseer Festwoche bildete. Als sich der Eisbepassagierdampfer Königin Luise, der etwa dreihundert Fahrgäste an Bord hatte, wieder an die Blankeneseer Landungsbrücke legte, wurde er von dem aufkommenden englischen Kohlendampfer Cornwall längsseits gerammt und schwer beschädigt. Der englische Dampfer drückte die Königin Luise auf das nördliche Ufer, um ein Sinken des Schiffes zu vermeiden. Auf der Königin Luise erlosch sofort das elektrische Licht, da Wasser in die Maschinenräume eindrang.

Es entstand eine Panik und ein vielhundertstimmiger Entsetzensschrei gellte durch die Nacht.

Zahlreiche Eisbepassagier- und Barfassen eilten an die Unglücksstelle und übernahmen die Passagiere der Königin Luise. Durch den heftigen Zusammenstoß wurden zahlreiche Passagiere mehr oder weniger schwer verletzt. Auf der Blankeneseer Landungsbrücke wurde etwa dreißig Verunglückte die erste Hilfe zuteil. Drei von ihnen sind schwer verletzt und mußten dem Blankeneseer Krankenhaus zugeführt werden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind Opfer an Menschenleben nicht zu beklagen.

SD Berlin, 10. September. (Radio.)

Am Sonntagabend ereignete sich auf der Havel kurz vor der Dampferstation Sackow ein Dampferunglück. Der Dampfer der Sternschiffahrts-Gesellschaft Potsdam, der von Gladow kam und nach Potsdam fahren wollte, stieß zwischen Sackow und Moorale mit einem anderen Sierndampfer zusammen. Der Dampfer Potsdam sank schon nach wenigen Minuten. In der Aufregung sprang eine 28-jährige Frau Wegener aus Staaten aus dem Motordoot über Bord ins Wasser. Sie rief sich dabei den ganzen Unterleib auf. Die übrigen Passagiere wurden von der Sackower Fähre und von anderen Schiffen an Bord genommen und gerettet. Die beiden Dampfer mußten abgeschleppt werden.

verführt wird, mittels einer Parole der Stimmenthaltung die vielleicht 40 Prozent aller Stimmberechtigten unfaßlichen Befürworter allein abstimmen zu lassen. Auf diese Weise sichert sich die Gegengruppe, die vielleicht nur — um das erwähnte Zahlenbeispiel fortzuführen — 26 Prozent der Stimmberechtigten umfaßt, die wirkungsvolle und entscheidende Mitwirkung der restlichen 25 Prozent grundsätzlicher Nichtwähler und Uninteressierter, deren Nichtstimmen der Abgabe einer Gegenstimme gleichkommt. Ganz abgesehen von der damit verbundenen indirekten Hoßstellung des Abstimmungsgeheimnisses für die zur Abstimmung gehende Gruppe stellt dies eine dringende der Reform bedürftige Verzerrung des Grundsatzes der Demokratie dar.

Zusammenstöße beim Stahlhelmaufmarsch

WB Berlin, 9. September.

Als heute nachmittag ein Trupp von Stahlhelmlenkern mit Musik durch Oberbischdowen auf Köpenick zu marschierte, kam es zu einem Zusammenstoß mit politischen Gegnern, die den Zug der Stahlhelmer auseinanderzutreiben versuchten. Die begleitenden Polizeimannschaften mußten wiederholt eingreifen, um die Störenfriede zurückzuhalten, und von dem Gummiknüttel Gebrauch zu machen. Am Königsplatz wiederholten sich die Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei, die mit Steinen beworfen und wiederholt angegriffen wurde. Ein Polizist wurde zu Boden geschlagen und mit Fußtritten mißhandelt. Zwei Polizisten gaben je einen Schreckschuß ab. Im Zusammenhang mit den Zusammenstößen wurden 8 Personen, darunter 2 Stahlhelmer, zwangsgewaltig. Einer der Demonstranten wurde mit einer Kopfverletzung in ein Krankenhaus gebracht.

Abschluß des Katholikentages

WB Magdeburg, 8. September.

Die Vertreterversammlung der deutschen Katholiken trat kurz nach 11 Uhr in der Stadthalle zusammen, um die Berichte der vier Unterkommisionen entgegenzunehmen. Besondere Bedeutung kommt dem Bericht des politischen Ausschusses zu, der von den Abgeordneten Bräuning und Joos-München-Waldbach geleitet war. In diesem Bericht, der von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, wird u. a. der Wunsch formuliert, es möchte auch fernerhin bei Tagungen der deutschen Katholiken Gelegenheit zu gemeinsamer gedanklicher Arbeit und Aussprache gegeben werden. Die Wirkung, heißt es weiter, soll vertrauensvoller Aussprache möglich sein, daß die Kritik an Politikern, soweit sie aus katholischem Verantwortungsgesühl handeln, nicht mehr Formen annimmt, die den Willen und die Freude an der gemeinsamen Aufgabe trüben und gefährden könnten.

Der Vertretertag des Deutschen Katholikentages hat beschlossen, auf Einladung der Stadt Essen den großen Deutschen Katholikentag 1932 in Essen abzuhalten.

Ausgeschlossen

Hier ist das Schicksal einer Halbwaise, die der Justizapparat erfaßt hat. Max K., aus einer rechtschaffenen Familie stammend, von der nur noch die Mutter lebt, wanderfroh und grüßlerisch, stand in Berlin als Maschinenschlosser in der Lehre. Der Lehrherr schlug ihn, der Sebzehnjährige lief fort und ging wandern. Er ernährte sich durch Arbeiten bei Bauern, niemand ann ihm etwas nachsagen. Auf der Chaussee stieg er auf ein verunglücktes Auto, er half kräftig und wurde dafür belohnt. Am anderen Tage kam er wieder an die Unglücksstelle, er fand eine Delspritze, Wert drei Mark, die er mitnahm. Als er sie gegen einige Pfennige veräußern wollte, wurde er verhaftet. Der Justizapparat begann zu arbeiten. Zunächst lange Untersuchungshaft, dann Anklage wegen Bettelns und Diebstahls. Urteil: Freispruch wegen Bettelns, aber Verurteilung wegen Diebstahls zu zehn Tagen Gefängnis! Wegen einer Delspritze! Inzwischen war der Junge schon in Fürsorgeerziehung gebracht worden. Urteil zweiter Instanz: Freispruch auch wegen Diebstahls. Jetzt erst erfährt die Mutter das Schicksal ihres Sohnes, sie erreicht die Aufhebung der Fürsorgeerziehung, der Wiedereintritt in die Lehre. Der Junge hat sich seitdem bewährt.

Es war ein Jugendrichter, der den Jungen in erster Instanz verurteilt hatte! Die Bequemlichkeit spießbürgerlicher Auffassung, die Seelenlosigkeit des Justizapparats spricht aus diesem Fall. Ein Junge, der aus Ehrgeiz aus der Lehre entläßt — verdächtig! Aus Wanderlust umherziehend — noch verdächtig, ja schon verurteilt! Also Gefängnis, Fürsorgeerziehung nach Schema F. Niemand hat sich nach den persönlichen Verhältnissen, nach den näheren Umständen, nach der Familie des Jungen erkundigt. Erst nachträglich ist es geschehen, als die Räber der Maschine ihn bereits erfaßt hatten. Der Apparat hat die Zukunft eines jungen Menschen bedroht — es ist nicht sein Verdienst, daß dieser Fall noch im Guten endete.

Anfall beim Fliegen

SPD Berlin, 10. September. (Radio.)

In Eberswalde wurde am Sonntag ein Kunstfliegen veranstaltet. Der Fallschirmspringer Kurt Liebke aus Oranienburg sprang im Verlauf der Veranstaltung aus 1000 Meter Höhe ab. Durch den Wind wurde er vom Flugplatz abgetrieben und geriet über eine chemische Fabrik, wo er durch das Glasdach stürzte. Liebke, der durch Glassplitter schwere Verletzungen erlitten hat, mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Fall Jakubowski

SPD Berlin, 10. September. (Radio.)

Die Liga für Menschenrechte hat im Zusammenhang mit der Jakubowski-Affäre gegen den früheren mecklenburgischen Oberstaatsanwalt Dr. Müller wegen eines dringenden Verdachts des Amtsverbrechens Strafanzeige erstattet. Dem Vorsitzenden des Jakubowski-Gerichts, Landgerichtspräsidenten von Bucha, wird von der Liga Beihilfe zum Amtsverbrechen vorwerfen. Gegen von Bucha ist ebenfalls Strafanzeige erstattet worden.

Opfer des Refordwahnsinns

21 Tote bei einem Autorennen

SPD Berlin, 10. September. (Radio.)

Auf der Rennbahn von Monza (Italien) kam es am Sonntag anlässlich eines Automobiltrennens um den sechsten großen Preis von Europa zu einer Katastrophe, bei der 21 Tote und 26 Verwundete zu beklagen sind. Es wird darüber folgendes berichtet:

Als das um 10 1/2 Uhr begonnene Rennen in vollem Gange war, verlor der florentinische Rennfahrer Materassi auf einem Talbotwagen plötzlich die Gewalt über den Wagen und fuhr mit einer Geschwindigkeit von 200 Kilometer in der Stunde auf der geraden Rennstrecke unmittelbar vor den Tribünen

mitten in die Zuschauermenge hinein.

Die Zuschauer hatten auf dem breiten Platze vor den Tribünen in mehreren Reihen Aufstellung genommen, um das Rennen aus nächster Nähe zu verfolgen. Der ins Schleudern gekommene Wagen Materassis hatte die spiegelglatte Rennbahn in schiefem Winkel verlassen, ein drei Meter breites weiches Rasenband überquert und war über einen 8 Meter breiten und zwei Meter tiefen Schutzgraben in die Menge hineingeschleudert worden.

Die dicht gedrängt stehenden Zuschauer wurden wie Strohhalm niedergemäht und lurchbar zugerichtet.

Der Wagen hatte sich mitten unter den Zuschauern überschlagen, nachdem er bei seinem Aufschlagen auf den Kiesboden ein tiefes

Loch in die Erde gerissen hatte. Er zog eine breite mörderische Furche durch die Menge und wurde dann in den Schutzgraben zurückgeschleudert, der die Rennbahn von den Zuschauern trennt. Materassi flog in weitem Bogen aus seinem Wagen heraus und blieb bewußtlos liegen. Er starb wenige Stunden später im Krankenhaus. Der Boden war in weitem Umkreis von stühnenden Verletzten und stark verstümmelten Toten bedeckt. Die Zuschauermenge stob in höchster Panik durcheinander. Nach dem ersten Augenblick lähmenden Schreckens machten sich Freiwillige und Polizei an die Bergung der Opfer. Die Sanitätsmannschaft war nicht sofort zur Stelle, da niemand mit der Möglichkeit eines Unfalles gerade an dieser Stelle der Rennbahn gerechnet hatte und die Sanitätsposten auf die gefährlichen Kurven der Rennbahn verteilt waren. Mit Privatautos wurden die Schwerverletzten in das Krankenhaus von Monza gebracht. Da man nicht über Tragbahnen verfügte, wurden die Leuten der Tribünen ausgehängt, um die Opfer zu bergen.

Mehreren Gezeiten waren von dem Rennwagen die Gliedmaßen vom Rumpf getrennt worden. Die Katastrophe machte auf das zahlreiche und elegante Rennpublikum einen niederschmetternden Eindruck. Das Rennen wurde jedoch trotz des Unglücks bis zuletzt fortgesetzt. (1) Viele Damen der Ehrentribüne waren beim Anblick der schrecklichen Unglückszene und beim Abtransport der blutüberströmten Opfer in Ohnmacht gefallen. Es herrschte auf dem ganzen Rennplatze fieberhafte Aufregung.

Brand in der Harth

Am Sonnabendnachmittag brach auf dem zum Böhlemer Werk gehörenden Gelände der Harth ein Brand in der Nähe des „Kaiserweges“ aus, der durch die sofort alarmierten Feuerwehren von Gaußwitz und Zwenkau sowie durch freiwillige Helfer aller Art bald auf seinen Feind, eine etwa einen halben Hektar große Rodung, beschränkt werden konnte. Die herbeigerufene Leipziger Wehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten, ebenso konnte man auf die vom Leipziger Kriminalamt angebotenen Polizeimannschaft verzichten. Die Untersuchungen der Brandursache wurden durch den Regierungsrat von Criegern sowie den Oberregierungsrat Dr. Selland vorgenommen, brachten aber kein positives Ergebnis. Möglich ist, daß die Arbeiter, die auf der Rodung aufgeräumt haben, das aufgeschapelte Kleinholz versehentlich in Brand gesteckt haben, — wahrscheinlich jedoch, daß spielende Kinder die Haufen „zum Spaß“ anzündeten und dann des Feuers nicht mehr Herr werden konnten.

Wesentlicher Schaden ist nicht angerichtet worden. Natürlich lockte der Brand zahlreiche Neugierige zu Fuß sowie auf Gummi mit und ohne Benzin herbei, die den Feuerherd umlagerten und ausgiebig beschußelten. Der Brandgeruch wurde bis in die umliegenden Dörfer hinein wahrgenommen. Zur Zeit glimmt der

Waldboden immer noch, und hier und da schlagen ab und zu kleine Flämmchen empor. Irigendwelche Gefahr besteht bei der zur Zeit herrschenden Windstille nicht.

Verbrechen oder Unfall?

Am Sonntagmorgen wurde in der zweiten Stunde der in der Mitte der Giebiger Straße pensionierte Ratsarbeiter Bruno Kbiht aus Lindenau schwer verletzt und bestunngslos auf den Gleisen der Lukenbahn in Gaußwitz durch Passanten aufgefunden. Die sofort alarmierte Polizei sorgte für Ueberführung des Verwundeten ins Krankenhaus St. Jakob, wo er zur Zeit noch immer bewußtlos liegt. Infolgedessen konnte die Frage, ob ein Unfall oder ein Verbrechen vorliegt, bisher nicht geklärt werden.

Nachern. Zusammenstoß. Als am Mittwoch ein Wurzner Lieferwagen zwischen hier und Altenbach in den zu dem Hülsmannschen Werk führenden Weg einbiegen wollte, versuchte im selben Augenblick ein Kraftstofffahrer, das Auto zu überholen. Dabei stieß er mit diesem zusammen, stürzte und blieb mit schweren Verletzungen liegen. Sein Beifahrer trug gleichfalls einige Wunden davon.

BULGARIA



Die beste 5-M-Zigarette!

KRONEN

Zuckerpolitik

J. B. Am 21. September wird in Berlin eine Konferenz der deutschen, tschechoslowakischen und polnischen Zuckerindustrie stattfinden, die sich damit beschäftigen soll, ob man die im Vorjahre beschlossene Politik der Herabsetzung der Zuckerausfuhr fortsetzen wird oder nicht. Die Preispolitik der europäischen Zuckerproduzenten hat es dahin gebracht, daß alljährlich große Zuckermengen unverbraucht bleiben. Dadurch mußte ein Druck auf die unerschämten hohen Preise ausgeübt und der Zucker billiger werden. Um ein solches „Unglück“ zu verhindern, haben sich im letzten Jahre die europäischen Zuckerproduzenten mit Kuba, dem überseeischen Hauptkonkurrenten, der Rohzucker produziert, auf die „Brüsseler Konvention“ geeinigt, wonach überall die Produktion herabgesetzt werden soll.

Nun behaupten aber die tschechoslowakischen Zuckerraffinerien, daß sie die einzigen gewesen seien, die sich an diese Vereinbarung gehalten hätten, daß man in anderen Ländern, und da besonders in Kuba, die übernommenen Verpflichtungen nicht so genau nehme. Dazu kam der Vorstoß der englischen Raffinerien, die auf dem Umweg einer durchgreifenden Herabsetzung des Rohzuckerpreises ihre Betriebe gegenüber den kontinentalen Raffinerien subventionieren lassen und so Schutzpolitik mit herabgesetzten Zöllen betreiben. Obwohl die Tschechoslowakei nahezu die höchsten Zuckerpriese des Kontinents hat, wobei sich freilich auch der Staat sehr ausgiebig unterstützt und von jedem Kilogramm Zucker nahezu die Hälfte des Verkaufspreises als Steuer einbehält, versuchte man den drohenden Exportausfall durch eine neuerliche Preissteigerung um 30 bis 40 Heller pro Kilogramm finanziell auszugleichen und so der Zuckerindustrie auf Kosten des einheimischen Konsums ein Geschenk von rund 150 Millionen Kronen zu machen. Die Regierung schien auch damit schon einverstanden, wie wiederholte Meldungen der offiziellen Prager Presse bewiesen, um so mehr, als von der Beute mehr als die Hälfte den Großbauern in Form von erhöhten Rübenpreisen zufallen sollte. Der scharfe Einspruch der sozialistischen Presse gab dem Bürgerhaushalt aber doch zu denken, um so mehr, als in gar nicht langer Zeit die gefährlichen Landes- und Bezirkswahlen nahten, und so ließ man das so schöne Projekt wieder fallen. Die Regierung hat angekündigt, daß sie einer Zuckerprieseherhöhung die Genehmigung verweigert und dafür gewisse Steuererlässe vorzuziehen in der Höhe von 40 bis 50 Millionen Kronen vornehmen werde. So erhalten die Zuckerbarone doch ihr Geld, und der Widerstand des Finanzministers Engliš gegen jede Schröpfung der Staatseinkünfte, der zu seiner (vom Präsidenten der Republik abgelehnten) Demission führte, vermochte nur zu bewirken, daß nicht auch die Großbauern an dem Millionenvergnügen beteiligt werden.

Inwieweit nun aber das Gejammer der Zuckerindustrie überhaupt berechtigt ist — und eine ähnliche Situation wird sich auch in den anderen Zuckerproduktionsländern ergeben —, davon zeugen die Erzeugungs- und Absatzfiguren der diesjährigen tschechoslowakischen Zuckerkampagne. Vom Oktober 1927 bis Juli 1928, wo die Zuckerraffinerie Schöndruffen bei Aussig als letzte die Kampagne abschloß, wurden 12 511 729 Doppelzentner Rohzuckerwert verarbeitet gegen 10 393 043 Doppelzentner im Vorjahre, so daß eine Steigerung um 2,1 Millionen Doppelzentner zu verzeichnen ist. Der Inlandsabsatz betrug in der gleichen Zeit 3 264 780 Doppelzentner Zucker gegen 3 027 284 Doppelzentner im Vorjahre, also um rund 1/4 Million mehr, die Ausfuhr 7 270 235 Doppelzentner gegen 6 881 448 im Vorjahre, also über eine halbe Million Doppelzentner mehr. Ganz überraschend ist die Exportsteigerung in die Schweiz, wozu gegen 403 000 Doppelzentner mehr exportiert wurden. Die Ueberseeausfuhr über Hamburg weist ebenfalls eine erhebliche Steigerung von 2 077 000 auf 2 486 000 Doppelzentner auf. Ganz beträchtlich stieg ferner der Export in die skandinavischen Länder (Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland), und zwar von 114 000 auf 205 000 Doppelzentner. Ein beträchtlicher Teil dieser Ausfuhr erfolgt über die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine und für die skandinavischen Genossenschaften. Gegenüber dieser Exportsteigerung um fast eine Million Doppelzentner fällt der von den Zuckerbaronen zum Anlaß ihres neuen Raubzuges genommene Exportausfall nach England kaum ins Gewicht; die Ausfuhr sank hier von 1 300 000 auf 1 106 000 Doppelzentner. Eine geringe Ausfuhrsteigerung ist auch nach Deutschland (von 385 000 auf 362 000 Doppelzentner), nach Desterreich (von 772 000 auf 683 000 Doppelzentner) und nach Italien sowie Uebersee via Triest (von 1 337 000 auf 1 325 000 Doppelzentner) zu verzeichnen. Alle diese Ausfälle betragen aber nur knapp die Hälfte der Ausfuhrsteigerungen, so daß der Gesamtexport eben um mehr als eine halbe Million Doppelzentner stieg. Die gegenwärtigen tschechoslowakischen Zuckervorräte betragen nahezu 2 Millionen Doppelzentner, davon entfallen etwa drei Viertel Millionen für den Inlandsverbrauch, so daß über eine Million Doppelzentner zum Export zur Verfügung steht.

Da nun die Kubaner von einer Produktionsminderung nichts wissen wollen, soll die Berliner Beratung vom 21. September dazu dienen, um den Zuckerabsatz zu heben. Wir fürchten freilich, daß dabei wenig herauszukommen wird. Den einfachsten Weg zur Steigerung des Zuckerbedarfes, nämlich eine durchaus mögliche Preisherabsetzung um mindestens 25 v. H. werden die Herren nicht gehen. Hier wird auch die seit Oktober in Paris geplante Zusammenkunft der deutschen, tschechoslowakischen und polnischen Zuckerproduzenten mit den Kubanern wenig helfen. Es sei denn, daß die bereits heftig drohende japanische Konkurrenz Anlaß zu einigen durchgreifenden Maßnahmen gibt, deren wirksamste aber immer eine radikale Preisherabsetzung sein und bleiben wird.

Die Tagung der Bankiers

SPD Köln, 10. September.

Der Bankiertag in Köln wurde am Sonntag durch eine große Festversammlung im Gürzenich eröffnet. Zum Präsidenten des Bankensparlamentes wurde Kießer gewählt. Dann begrüßte der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius die Versammlung im Namen der Reichsregierung und der preussischen Regierung. Curtius führte u. a. folgendes aus:

Auf der Tagesordnung des Bankiertages steht auch die Reparationsfrage. Die Reparationsangelegenheiten werfen also auch hier ihre Schatten auf diese große Tagung. Die Reichsregierung ist gezwungen, alle Zurückhaltung zu üben, denn wo gegenwärtig der Reichstangler weilt, ist der Mittelpunkt und Brennpunkt der Politik. Man hat von der Gegenseite versucht, die Räumung des Rheinlandes mit einer Verhandlung über die Reparationsfrage zu verknüpfen. Die Reichsregierung will die Räumung, sie will aber keine erkaufte Räumung. Deshalb konnte sie den Standpunkt der Gegenseite nicht anerkennen. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, über die Reparationsfrage zu verhandeln, aber unabhängig von der Räumungsfrage.

Der Reichswirtschaftsminister ging dann auf die Frage der Kapitalbildung ein und führte aus, daß die Kapitalbildung in den letzten Jahren mit ihren Erfolgen überaus reichlich war. Wir dürften uns aber darüber nicht täuschen lassen, denn Deutschland habe einen gewaltigen Kapitalbedarf und vor allem einen sich ständig mehrenden Wachstumsbedarf an Kapitalen. In den letzten drei Jahren konnten 900 000 Erwerbstätige in den Arbeitsprozess neu eingereiht werden. Gehe man von der Annahme aus, daß für jede Arbeitskraft ein Kapital von 20 000 Mark notwendig sei, so ergibt sich, daß die Kapitalbildung in Deutschland gerade diesen neuen Bedarf deckt. Außerdem dürfte man nicht vergessen, daß in Amerika auf einen Arbeiter 2,8 und in Deutschland nur 1,2 Verdienster entfallen. Die Maschinenisierung Deutschlands erfordert einen ungeheuren Kapitalbedarf und mit diesem Kapitalbedarf sehen wir auf das Ausland angewiesen.

Nach Dr. Curtius ergriff der Präsident der Deutschen Reichsbank Dr. Schaaf das Wort. Er wandte sich vor allem gegen die Bestrebungen, die notwendige Konzentration des Kapitalverkehrs zu stören und führte dazu u. a. folgendes aus:

Es will mir nicht richtig erscheinen, daß man neben dem Reichsbank-Giroverkehr, das dem großen Verkehr, und dem Postcheck, das dem kleinen Verkehr dient, immer neue Girokreise entstehen läßt und dadurch viele Firmen und Behörden zwingt, im Interesse ihres Zahlungsverkehrs mehrere Konten zu führen. Die eigentliche Trägerin des Ueberweisungsverkehrs ist die Reichsbank. Sie hat das Notenmonopol, ist dadurch nicht im gleichen Maße auf privatwirtschaftliche Erwerbe angewiesen, sondern handelt aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das Geleik weist ihr die besondere Aufgabe zu, den Zahlungsausgleich zu erleichtern. Sie ist am ersten instand, ein Verlustgeschäft im großen Giroverkehr zu tragen und ist nicht wie die Privatgirokreise genötigt, die Kosten des Ueberweisungsverkehrs direkt oder indirekt auf die Kundenschaft abzuwälzen. In je höherem Grade sich der Giroverkehr bei der Reichsbank abspielt, desto unmittelbarer werden alle seine Verbesserungen der Gesamtwirtschaft zugute kommen.

5. Dawesjahr

SPD Mit dem 1. September hat das erste Normaljahr nach dem Dawesplan begonnen, in dem Deutschland zum erstenmal die volle Reparationslast von 2500 Millionen Mark zu tragen hat. Als die Sachverständigenkommission für die deutschen Reparationsleistungen unter der Führung von Dawes und Mr. Kenna im Jahre 1924 ihren Zahlungsplan, den sogenannten

Vor dem Braunkohlen-Großkampf

Die mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter gehen in den nächsten Wochen einem Kampf entgegen, der für die künftige Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen von weittragender Bedeutung sein wird. Zuerst galt es, einen Gegenstoß, den die Unternehmer auf die Kündigung des Mehrgarbeitsabkommens gegen die Arbeiter führten, zu parieren und zu neuem Schlage auszuholen. Das ist geschehen durch die Kündigung der Lohn- und Gehalts- und gleichzeitige Forderung auf Erhöhung der Löhne. Auf beiden Seiten, sowohl von Unternehmern wie Arbeitern, wird gerufen, um bei den kommenden Verhandlungen günstig abzuschnelden. Es gilt deshalb, genau zu prüfen, wie die Kräfteverhältnisse verteilt sind und was die Ursache war, die ganzen Verträge im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zu kündigen. Anfang August beschloß die Funktionäre der Tariforganisationen ein Komitee, also auch mit den Stimmen der „Opposition“, das Mehrgarbeitsabkommen zu kündigen. Den Organisationsleitungen war es überlassen worden, wenn es die Lage erforderte, auch die anderen Abkommen zu kündigen. Letzteres ist nunmehr geschehen. Die Forderungen zum Mantel- und Lohnvertrag sind dem Arbeitgeberverband übermittelte worden. Ueber die Wünsche der Unternehmer können keine Zweifel mehr bestehen. Sie wollen unter allen Umständen die Arbeiter verwirren, um sich dadurch in Vorteil zu setzen. Dabei leistet ihnen der Klassenkampf, die kommunistische Zeitung für Halle, die größte Unterstützung. Das Vorgehen der Unternehmer zielt darauf ab, wie sie ja so schon in der Begründung zur Kündigung der Lohn- und Gehaltsverträge sagten: die elenden Löhne der Braunkohlenbergarbeiter für die Laufdauer des neuen Tarifes festzulegen, d. h. auf gut deutsch:

Über irgendwelche Anträge der Bergarbeiter auf Erhöhung der Löhne können wir nicht verhandeln.

Sie bringen damit zum Ausdruck, daß sie schon von vornherein mit allen Mitteln versuchen, die berechtigten Forderungen der Braunkohlenbergarbeiter zu inhibieren. Darüber hinaus wollen sie die Verschlechterungen in der Urlaubsfrage, der Lohnberechnung, der Mitwirkung der Betriebsvertretung usw. durchsetzen. Mit diesen Forderungen haben sich die Herren Nachhaber der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie völlig entpuppt. Wer da glaubt, daß auch ihnen der große Streit im vergangenen Jahr eine Lehre für ihre zukünftige Tarif- und Lohnpolitik sein würde, ist schmähtlich enttäuscht. Durch die oben angeführten Forderungen werden sie das Privileg, die unpopulärsten Unternehmer Mitteldeutschlands zu sein, auch weiterhin belächeln.

Den Piatsched, Leopold und Konsorten ist die soziale und wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter vollkommen schnuppe, wenn es gilt, ihre Profitinteressen zu vertreten. Irgendwelches soziales Verständnis bei diesen Leuten zu suchen, ist völlig zwecklos. Die Arbeiter, die in der mitteldeutschen Braunkohle beschäftigt sind, müssen sich deshalb vollkommen klar über die Situation sein. Sie haben von dem guten Willen der Unternehmer nichts zu erwarten. Es wäre deshalb töricht, wenn sie sich der Hoffnung hingeben würden, irgendwelche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch freiwillige Zugeständnisse der Unternehmer zu erreichen.

Die Macht, auf die sich die Arbeiter stützen können, ist einzig und allein die gewerkschaftliche Organisation.

Diese zu stärken und zu einer einheitlichen geschlossenen Front auszugestalten, ist die Aufgabe der nächsten Wochen. Schon von vornherein müssen die Arbeiter und die Organisationen sich darauf einstellen, daß diese Bewegung, die jetzt eingeleitet worden ist, zu einem noch größeren Machtkampf als im vergangenen Jahr

auswachen kann. Darum ist es notwendig, allen Einwirkungen von Außenstehern und die Einmischung einer bestimmten Partei Einhalt zu gebieten. Die mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter haben es bis jetzt verstanden, ihre Geschichte selbst zu meistern und werden das auch in Zukunft bezogen.

Einheit, die ich meine!

(IGB.) Immer noch und immer wieder gibt es Leute und Organisationen, die an die Einheit nach Moskauer Rezept glauben. So haben sich die norwegischen Gewerkschaften wieder auf die Plattform der bald legendären und scheinbar von den Russen selber aufgegebenen Weltkonferenz ohne Vorbedingungen zwischen der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGZ) und dem IGB zurückgezogen. In einem offenen, an den Internationalen Gewerkschaftsbund gerichteten Brief, dessen aus Moskau importierte Argumente mit jenen Waren zu vergleichen sind, die in Europa keine Käufer und Interessenten mehr finden und mit denen deshalb abgelegene überseeische Länder beglückt werden, schlägt das Gewerkschaftskartell von Neu Süd-Wales (Australien) ebenfalls als der Weisheit letzter Schluss die besagte Konferenz vor, durch die eine Welt-Gewerkschafts-Internationale zustande kommen soll, die alle organisierten Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse, der Religion und des politischen Glaubens umfassen soll.

Es trifft sich nun gut, daß D. S. W. der Präsident der RGZ und Erfinder dieses Rezepts, gerade in allerneuester Zeit mit begründeter Offenheit wieder einmal gesagt hat, wie er sich diesen Plan vorstellt. In seinen Ausführungen als Vertreter der „kommunistischen Fraktion der RGZ“ — dies muß doch wohl die ganze

Dawesplan konstruierte, ging sie von der Voraussetzung aus, daß Deutschland nach dem Zusammenbruch seiner Währung und Produktion in der Inflation eine Schonfrist gewährt werden müsse. Man hielt damals eine Zeit von vier Jahren, bis zum 1. September 1928, für ausreichend.

In dieser Zeit hatte Deutschland abgeleistete, ermäßigte Reparationszahlungen abzuführen, und zwar sind in den vier Schonjahren von Deutschland rund 5500 Millionen Mark gezahlt worden. Mit Ablauf der Schonfrist erhöhen sich die jährlichen Zahlungen um rund 750 Millionen Mark jährlich. Von den Normalzahlungen entfallen 1250 Millionen Mark auf den Reichshaushalt, 680 Millionen Mark auf die Reichsbahn, 290 Millionen Mark auf die Zahlungen aus der Verkehrssteuer und 300 Millionen Mark auf die industriellen Betriebe. Der Reichshaushalt selbst wird durch die erhöhten Zahlungen im Normaljahr mit rund 315 Millionen Mark belastet.

Ein neues Stahlbereitungsverfahren

Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. und die Fried. Krupp A.-G. bereiten, wie die Frankfurter Zeitung mittelst, ein besonderes Zusammengehen auf dem Gebiet der direkten Eisen- und Stahlerzeugung vor. Eine neu zu errichtende Gesellschaft mit 100 000 M. Kapital soll eine rund 1 Million an Baukosten erfordernde größere Versuchsanlage errichten, auf der nach Patenten der Krupp Stahl, die sogenannte „direkte Stahlerzeugung“ versuchsweise betrieben werden soll. Bestrebungen dieser Art nach verschiedenen Patentverfahren sind besonders in Schweden vorhanden, wo die riesigen Erzmengen bei gleichzeitigem Mangel an Schrott und Koks zu einer derartigen Umstellung der Stahlerzeugung drängen. Mit Rücksicht auf die weitestgehend anders gelagerten deutschen Verhältnisse (Schrott- und Koksverhältnisse) glaubt man in Fachkreisen nicht an eine grundlegende Umstellung der deutschen Stahlerzeugung in absehbarer Zeit, ganz abgesehen davon, daß die Wirtschaftlichkeit derartiger neuer Verfahren noch stark umstritten ist.

RGZ sein? — antwortete er in Erwiderung auf verschiedene Redner, die im Herzen Moskaus und der kommunistischen Internationale die ungeheuerliche Behauptung wagten, daß der IGB vielleicht doch kein Werkzeug der Kapitalisten sei, wie folgt:

„Die RGZ und die KZ nehmen seit vielen Jahren Entschieden für die Einheit der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung Stellung; doch machen beide aus der Einheit keinen Fetisch (keine Heiligkeit, D. R.). Die Einheit ist nicht ein Ziel an sich, sondern nur Mittel zum Ziel. Daher darf man die Frage der Existenz und der Organisation der Opposition, die Frage unserer kommunistischen Taktik in den Gewerkschaften, nicht von der Einheit abhängig machen.“

Damit soll natürlich gesagt sein, daß man die Opposition nicht auf die Einheit festlegen darf, wenn sie ihre Existenz nur durch Spaltung ausrechterhalten oder erzielen kann. Das eigentliche Ziel, das D. S. W. zufolge ja nicht die Einheit ist, umschrieb er bei anderen Gelegenheiten deutlicher, indem er einfach sagte, daß man eben die Reformisten „ausräuchern“ und die „Herrschaften am Tragen packen und an die Luft setzen müsse“.

Der schwedische Gemeindefacharbeiterverband, der seit längerer Zeit Beziehungen zu dem russischen Gemeindefacharbeiterverband unterhält (Studiendelegationen, Konferenzen usw.), beschloß auf seinem letzten abgehaltenen Verbandsstag, jede Verbindung mit dem russischen Verbande abzubrechen, weil es sich gezeigt hat, daß die Russen keine Aufnahme in die Internationale, sondern nur eine skandinavisch-russische Arbeitsgemeinschaft wünschen.

Entlassungen in der Lokomotivindustrie

Bei der Firma Henschel u. Sohn G. m. b. H. in Kassel sind in den Abteilungen Lokomotivbau und allgemeiner Lokomotivbau mit Rücksicht auf die unzureichende Beschäftigung der Betriebsanlagen inzwischen etwa 200 Arbeiter entlassen worden. Wie das Berliner Tageblatt hört, hat die Werkleitung dem Demobilisierungskommissar bei der Regierung in Kassel nunmehr angezeigt, daß sich diese Entlassungen bis in den November hinein fortziehen und insgesamt etwa 800 bis 850 Arbeiter aus allen Abteilungen des Lokomotivbaus und der Kesselbauabteilungen betreffen werden.

Achtung, Graphische Hilfsarbeiter, SPD-Genossen! Dienstag, den 11. September 1928, 20 Uhr, bei Weichmann, Rest. „Harmonie“, Rathausstraße, wichtige Sitzung, Verbands- und Parteibuch legt timiert.

Leipziger Rundfunkprogramm

Dienstag, den 11. September.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
 - 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
 - 11,45 Uhr: Wetterdienst und -vorauslage (Deutsch und Esperanto)
 - 12,00 Uhr: Mittagsmusik.
 - 13,15 Uhr: Presse- und Börsebericht.
 - 15,00 Uhr: Musikalische Kaffeestunde mit Funkwerbung.
 - 16,30 Uhr: Konzert.
 - 17—17,55 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender, Das Tierreich in der Musik. Mitwirkende: Lotte Reußel (Gesang), Cläre Schmidt-Guthaus (Violine), Alf Neumann (Klavier).
 - 18,05 Uhr: Frauenfunk. Frau Eva Wittner, Dresden: „Die Frau und der Film.“
 - 18,30—18,55 Uhr: Vektor Claude Grandier, Gertrud von Esyeren: Französisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin.)
 - 19,00 Uhr: Max Gräßl, Berlin: Stützen aus deutschen Forschererlebnissen in Afrika.
 - 19,30 Uhr: Eward Greng, Dresden: „Die Arbeitsgebiete der Amateurkinematographie.“
 - 20,15 Uhr: Sie Sporten. 1. Hermann Linden: a) Ringer; b) Boxer; c) Bergklettern. 2. Feuchtwander: Auto. 3. Romdahl: Bei den Boxern. 4. Rudiment aus einem Boxbericht. 5. Ringelnah: a) Weltlauf; b) Ruf zum Sport. 6. J. Joutter: Der Platz fürs Wochenende. Gelesen von Max Dphäus, Breslau.
 - 21,15—24,00 Uhr: Funkbreit. Mitwirkende: Cläre Gerhardt-Schulthof und Reinhold Gerhardt (Heitere Quette und Breitliedler), Gustav Herrmann (Lustige Prosa), Wilhelm Engst (Humor) und das Leipziger Rundfunk-Orchester. Sprecher: Wilhelm Engst.
- Zwischen dem Funkbreit, etwa 22,00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Paprikaklops mit Butternudeln 75 Pf. Frische Scheenbrust mit Meerrettich u. Klößen 1.00 — Morgen: Gefüllte Rindroulade mit Kartoffeln u. 1.20 Gänseklein mit Reis und Spargel 1.50

Genosse Emil Jahn gestorben

Wieder wurde einer der Besten aus unsern Reihen gerissen: Der Genosse Emil Jahn ist nach langem Leiden im 67. Lebensjahre von uns gegangen. Mit ihm verliert die hiesige Arbeiterbewegung einen Kämpfer, der mit unermüdbarer Hingabe für das Proletariat gewirkt und sich bei der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Groißschmiederei unerschütterliche Verdienste erworben hat. Ob Gewerkschaft, ob Partei, ob Turnerei oder Gesang, — überall war er dabei und hat so der Arbeiterbewegung in all ihren Teilen hervorragende Dienste geleistet. Er war kein Volkstrotzener wie unser Genosse Richard Bahrdt, der durch sein Temperament begeistern, hinreißen konnte; das, was er zu sagen hatte, waren nüchterne, mit peinlicher Gewissenhaftigkeit zusammengetragene Argumente.

Seine Hauptverdienste liegen unabweisbar in seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit. 1893 hatten ihn seine Kollegen, die damals noch ein ganz bescheidenes Häuflein waren, zum 1. Bevollmächtigten des Vereins deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Groißschmiederei, gewählt. Er selber war in der Schuhfabrik als

Zwicker tätig, erhielt aber später eine Art Vertrauensstellung, indem ihm seine Firma die Leistenausgabe übertrug. Dafür erhielt er 15 Mark Lohn pro Woche. Die Löhne der Schuhmacher waren ja besonders niedrige. Infolgedessen kam es 1897 zum Streik. Wie fast überall, gab es auch bei diesem Kampfe Streikbrecher. Obwohl Genosse Jahn der Streikleiter war, wünschten seine Kollegen aus tatsächlichen Gründen, daß er die Arbeit nicht mit niederlegte; so wurde auch verfahren. Nach kurzer Zeit wurde dieser Streik mit einem Teilerfolge beendet. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wurde dem Genossen Jahn von seiner Firma ein Meisterposten angeboten. Er war auch geneigt, diesen anzunehmen unter der Bedingung, daß man ihm bei seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit keine Schwierigkeiten machte. Dieses Verlangen aber wurde ihm abgelehnt und statt des Meisterpostens erhielt er den blauen Brief, die Kündigung. Da er auf der schwarzen Liste stand, erhielt er in keiner Fabrik Arbeit. Man wurde er als Gewerkschaftsbeamter angestellt. Organisiert waren damals etwa 150 Schuhmacher. Die Zahlen waren noch sehr schwach. Der Beitrag betrug pro Woche 15 Pf. Laut Statut mußten 90 Prozent der Einnahmen wöchentlich an die Hauptkasse abgeführt werden. Die übrigen 10

Prozent blieben am Orte. Die Kollegen beschloßen, daß die zehn Prozent nach Abzug aller Unkosten für Unterhaltener, Porto und sonstige Ausgaben des Gehalt des Genossen Jahn dazustellen sollten. Sein Einkommen wurde zu dieser Zeit auf 12—13 Mark errechnet. In seiner Wohnung, die aus 3 Räumen mit insgesamt 30 Quadratmeter Fläche bestand, und in der ihm 12 Kinder geboren wurden, war auch gleichzeitig das Gewerkschaftsbüreau. Erst 1904, nachdem der Aufstieg der Organisation erfolgreich normiert gegangen war, überließ er in eine größere Wohnung. 1902 zieht er erstmalig in das Groißschmiederei Stadtparlament ein, wo er fast unausgesetzt, von 1919 an als Vorkämpfer, später als Stadtrat, bis Ende 1923 tätig war. Am 1. Februar 1924 wurde er von seiner Organisation pensioniert, und es wäre ihm nach seinem aufopfernden, sorgenvollen Leben wenigstens ein etwas sonniger Lebensabend beschieden gewesen, wenn die heimtückische Krankheit, der er erlag, nicht an ihm genagt hätte. Welche Wertschätzung Genosse Jahn genoss, zeigte sich am Freitagabend bei seiner Ueberführung nach dem Krematorium. Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen gaben ihm bis zum Ausgang der Stadt das letzte Geleit. Uns allen wird er als leuchtendes Vorbild unvergessen bleiben!

Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Zeilher Straße 32, Fernruf 340 21

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Leipzig
Gruppenversammlungen:
Maurer Dienstag, den 11. September 1928, 19 Uhr, im Volkshaus.
Steineträger Dienstag, den 11. September, 17.30 Uhr, im Volkshaus.
Die Tagesordnungen werden in den Versammlungen bekanntgegeben. Die Leistungen.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Auf unserer Altersturnfahrt verloren wir durch Herzschlag unsern lieben Turngenossen

Karl Gille

IV. Männerriege Leipzig-West.

Wir werden seiner in Ehren gedenken.

Nach langem, schwerem Leiden verschied heute früh unsere herzenseute Mutter Schwiegermutter und Tante

Frau Therese Ortleb

geb. Fichtner
im 84. Lebensjahre. In tiefer Trauer
Leipzig-Anger, den 8. September 1928
Mölkauer Straße 34

Richard Ortleb und Frau
im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 2 Uhr, auf dem Lindenauer Friedhofe statt.
Blumenspenden bitten wir bei der Beerdigungsanstalt Albert Merkel, Mölkauer Straße 34, abzugeben.

Nachruf.
Herrn **Gewerkschaftsbeamten I. R.**

Emil Jahn

brachte am 6. September der Tod Erlösung von schwerem Leiden. Seine Vaterstadt verliert mit dem Dahingegangenen eine Persönlichkeit, die in den weitesten Kreisen der Bevölkerung allgemeine Wertschätzung und Verehrung genoss. Nahezu 25 Jahre lang hat er als Stadtverordneter, Stadtverordnetenvorsteher und zuletzt als Ratsmitglied in vorbildlicher Treue und Aufopferung die Pflichten seiner Ehrenämter erfüllt und dabei stets das Wohl und das Gedeihen der Stadt Groitzsch im Auge gehabt. Bei seinem Ueberführung paarten sich streng-Gerechtigkeit mit einem warmen Herzen für seine Mitmenschen. In Wehmüt und voll Dankbarkeit rufen wir dem Verbliebenen ein herzliches Habe Dank! in die Ewigkeit nach.

Groitzsch, den 7. September 1928.
Der Stadtrat. Die Stadtverordneten.
Grund, K. Schuberth.
Bürgermeister. Vorsteher.

Wir erfüllen hiermit eine traurige Pflicht, indem wir unsere Mitglieder von dem Ableben ihres ehemaligen Vorsitzenden, des Gewerkschaftsbeamten I. R.

Emil Jahn

in Kenntnis setzen. 27 Jahre hat er treu und gewissenhaft, mit unermüdbarem Fleiß die Geschäfte unserer Zahlstelle geleitet. Nicht ganz fünf Jahre war es ihm vergönnt, die Früchte seiner aufopfernden Arbeit in Ruhe zu genießen. Eine schleichende Krankheit machte dem Leben dieses für uns so vorbildlichen Kollegen und Beraters ein immerhin vorzeitiges Ende. Indem wir in seinem Sinne weiterwirken, werden wir ihm dadurch ein dauerndes Andenken bewahren.

Groitzsch, den 10. September 1928.

**Die Ortsverwaltung Groitzsch
des Zentralverbandes der Schuhmacher.**

EINLADUNG

Wir geben uns die Ehre, alle Eltern mit Ihren Kindern zu der am Montag, den 10. ds., nachmittags um 3 Uhr beginnenden

MONTESSORI-AUSSTELLUNG

in den Räumen unserer Möbelabteilung höflichst einzuladen. / Die Montessori-Methode beruht auf der Erkenntnis bedeutender Kinder-Psychologen, daß man schon den ganz Kleinen nach ihrer eigenen freien Wahl eine spielerische Beschäftigung geben soll, die alle natürlichen Gaben und Talente des Kindes aus sich selbst heraus entwickeln läßt. / Wir haben deshalb in unserer Möbelausstellung im 3. Stock einige Montessori-Spielzimmer für die Kleinen eingerichtet, wo sie unter Beaufsichtigung von Montessori-Schwestern nach Herzenslust schalten und walten können — eine ideale Obhut für Ihr Kind.

Die Montessori-Woche wird unter Mitwirkung des Schulamtes, des Volksbildungsamtes, der Volkshochschule und des Jugendamtes veranstaltet.

Gleichzeitig machen wir auf folgende Montessori-Vorträge aufmerksam:

Frau Clara Grunewald, die Vorsitzende der deutschen Montessori-Gesellschaft, spricht am Montag, 10. September, über „Die psychologischen Grundlagen der Montessori-Methode“

Dienstag, 11. September, über „Die Erziehung der Kleinkinder in der Kindergemeinschaft“

Mittwoch, 12. September, über „Neue Wege der Erziehung und des Unterrichts für das Schulkind“

Die Vorträge finden im Feurichsaal, Schulstraße, statt. Beginn abends 8 Uhr. Eintritt 30 Pfg. Karten in der Ausstellung, im Kaufhaus Th. Althoff, Theaterkasse, und an der Abendkasse des Feurichsaales.

ALTHOFF

Die Frauenwelt

ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, der Frauen des Angestellten- und mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit der Frauenwelt befaßt gemacht, die ihren hohen praktischen und idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause missen und wählen zu dem arohen treuen Referenten, der von Heft zu Heft um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt erscheint 14täglich. Jedes Heft enthält die vielseitige Modenschau. Selbst ist die Frau ein, jedes zweite Heft enthält außerdem eine vielseitige, reich illustrierte Sonderbeilage: **Kinderland**.

Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 50 Pfennig. Alle Ausstatter und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abt. Buchhandlung
Taubacher Str. 19/21

Reichsbanner Schwarz, Rot, Gold
Gau Leipzig (est. 1924)
Geschäftsstelle: Leipzig, Gallienstraße 1/9.

Abteilung VII. Mittwoch, den 12. September, 20 Uhr: Zug- und Gruppenführerlehre im Naturheilverein.

Zurück

Dr. med. Walter Hopf
Facharzt für Haut- und Harnleiden
Kurprinzstraße 19
Röntgen-Lichtbehandlung
9-1, 3-6, 11 Uhr

Nervenarzt Dr. Brechling
von der Reise zurück
Friedrichstraße 31 Fernruf 589 12

Frauenarzt Dr. Scharpenack
Nordplatz 9 Tel. 589 57
Sprech-St.: Wochentags 12-1 und 3-4

Bund sozialist. Freidenker

Mittwoch, den 12. September abends 8 Uhr in den Reichshallen

Öffentliche L.-Ost Versammlung

Referent: Theo Mayer

Neue Feuerbestattungs-Kasse organ. Freidenker

Neue Feuerbestattungs-Kasse organ. Freidenker

Rebeteilheit garantiert.

Haben Sie schon Lose der 2. Notstands-Geldlotterie?

Wenn nicht, kaufen Sie sofort!

Ziehung bestimmt 15. und 17. September.

Los 1 Mt. Bei Postverkauf für Gewinnliste und Porto 30 Pfennig extra.

Lose bei allen Losverkaufsstellen und Hauptvertrieb Invalidenbank, Leipzig, Universitätsstraße 4.

Gummi-Klose

Ärztliches Spezialhaus für Gummiwaren

hygienische und sanitäre Artikel
Gegründet 1910

LEIPZIG-HAINSTR. 17-19



Der Tauchische

Von den Festen, die man feiert, wie sie fallen, nimmt die Jugend hier bei uns den Tauchaer Jahrmarkt, den „Tauchischen“, in Anspruch. Sie feiert ihn mit viel jugendlichem Frohsinn und Leichtsinne, tobt ausgelassen durch die Straßen und jagt als Indianer bis fast an die Grenze der ewigen Jagdgründe. Die Polizei hat auch diesmal wieder gewarnt vor dem Unfug des Feuerwerks und des, was die Jugend stolz nennen wird, Skatpierens. Aber auch die Jungen wissen es von den Alten, daß trotz aller Drohung polizeiliche Anordnungen den Reiz zur Übertretung haben.

Daß die jugendliche Wut ein Ventil braucht, und sogar ein recht großes, wird heute von wenigen nur noch bestritten werden. Auch daß man die auf ungebundene Ausgelassenheit drängenden Energien nicht beseitigen kann, ja nicht beseitigen soll, wird wohl von den meisten anerkannt werden. Es ist gut so, daß solcher Drang in der Jugend lebt. Weniger gut freilich ist, daß dieser Drang sich immer von selbst in dem mit größtem Unfug und schließlich auch militärpsychologischen Tendenzen beladenen Geist des Tauchischen entläßt. Es ist manches von den Organen der Arbeiterbewegung versucht worden, auch diesen Geist, nicht indem man ihn negiert, sondern in vernünftige Bahnen lenkt und sich hierin ausleben läßt, nutzbar zu machen. Am besten dürften hier die Erfolge der österreichischen Genossen mit den „Roten Falken“ sein. Aber wie sieht das noch im großen aus! Nicht, daß die Versuche fehlten. In einem Briefe an die Leipziger Volkszeitung, den wir vor einiger Zeit veröffentlichten, wurde auch von den erfolgreichen Bemühungen gesprochen, mit denen man hier in Leipzig um diese Jugendfrage ringt. Aber was von oben her geschickt, kann erfolgreich nur werden, wenn die proletarischen Kräfte selbst mit Hand anlegen. Nur wenn sie alle mithelfen, dann wird es der proletarischen Jugend- und Kinderbewegung gelingen, dem Geist des Tauchischen durch einen andern, besseren zu ersetzen.

Bis dahin freilich wird die Jugend immer noch die Feste feiern, wie sie fallen. Es kann sich sogar mit dem Bewußtsein trösten, daß es die Alten zumeist kaum besser machen.

Gegen den Sechsstunden-Ladenschluß

Der Beschluß der Stadtverordneten, bei der Reichsregierung auf die Einführung des Sechsstunden-Ladenschlusses zu dringen, hat nicht die Gnade des Rates gefunden. Der Rat hat aber, um eine freiwillige Vereinbarung über den Sechsstunden-Ladenschluß in Leipzig herbeizuführen, Vertreter des Einzelhandelsverbandes, des Lehrerbundes und der Angestelltenverbände zu einer Besprechung zusammengerufen. In dieser Besprechung machte der Einzelhandelsverband alle seine altbekannten Einwände wieder geltend. Den berufstätigen Kreisen der Bevölkerung müßte die Möglichkeit gegeben bleiben, auch nach 6 Uhr noch ihre Einkäufe zu erledigen. Die Geschäftsinhaber würden geschädigt. Uebrigens seien sie bei weitem nicht alle Mitglieder des Verbandes und könnten daher durch Vereinbarung auch nicht zu einem Sechsstunden-Ladenschluß gezwungen werden. Der Rat hat sich vor diesen gewichtigen Einwänden gebeugt und daher das Verlangen der Stadtverordneten abgewiesen. Er will nicht bei Reichstag und Reichsregierung vorstellig werden, den Paragraphen 9 der Verordnung über den Ladenschluß dergestalt zu ändern, daß offene Verkaufsstellen von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Er hält es aber für empfehlenswert, durch Änderung der Gewerbeordnung zu ermöglichen, daß auf Antrag von zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber für eine Gemeinde durch die höhere Verwaltungsbehörde der Sechsstunden-Ladenschluß angeordnet werden kann. Einen solchen Beschluß der Stadtverordneten würde der Rat, wie er in seiner Vorlage betont, gern an Reichstag und Reichsregierung weiterleiten.

Das ist kurzdarf nett vom Rat. Nur würde damit heralich wenig erreicht. Diese Empfehlung ist weiter nichts als ein Versuch einer Berichtigung des jetzigen Zustandes. Die Einzelhandelsunternehmer werden sich stets mit weit mehr als einem Drittel gegen den Sechsstunden-Ladenschluß wenden. Der Bevölkerung aber will der Rat ein Mitbestimmungsrecht nicht zugestehen. Die Angestellten werden erst recht nicht als Mitbestimmende zugelassen.

Fußgängertunnel unter dem Bayerischen Bahnhof

Die immer größere Inanspruchnahme des städtischen Wasserrohrnetzes hat zu einem nicht unbeträchtlichen Druckmangel im Westen und Norden der Stadt geführt. Das Betriebsamt beachtlichst daher, etwa in Verlängerung der Großgörschenstraße den Bayerischen Bahnhof mit einer Wasserrohrleitung zu kreuzen. Die Eisenbahnverwaltung hat jedoch geantwortet, daß die Rohrleitung innerhalb des Bayerischen Bahnhofs in ein tunnelartiges Bauwerk eingebettet wird. Der Rat ist nun der Meinung, daß, da doch einmal ein Tunnel gebaut werden muß, dieser auch gleichzeitig zu einer Fußgängerüberführung zwischen der Südvorstadt und dem Stadtgebiet östlich des Bayerischen Bahnhofs ausgebaut werden sollte. Die dadurch entstehenden Mehrkosten würden sich nach den vorgenommenen Schätzungen auf 125 000 Mark stellen. Die Stadtverordneten werden gebeten, der Ausgestaltung der notwendig gewordenen Tunnelanlage in dem vorstehend bezeichneten Sinne ihre Zustimmung zu geben.

Rat, Feuerwehrrübungen und Fleischerplatz

Die Stadtverordneten hatten vom Räte eine Vorlage verlangt über Kostenberechnung für Ueberdeckung des Fleischerbettes am Fleischerplatz, damit ein ungestörter Übungsplatz für die Mannschaften der Feuerwehr geschaffen werde. Der Rat ist der hochwohlwollenden Meinung, daß die Feuerwehre wie bisher auf dem Fleischerplatz ihre Übungen erledigen kann, hält also ein Eingehen auf die Forderung der Stadtverordneten nicht für nötig. Die Begründung seiner Ablehnung ist allerdings recht eigenartig. Die Anlieger des Fleischerbettes seien mit der Ueberdeckung nicht einverstanden. Einige hätten sogar, falls sie durchgeführt werde, der Stadt ihre Grundstücke zum Verkauf angeboten. In dieser Stellungnahme des Rates zeigt sich keine grenzenlose Ehrfurcht vor dem Veto der Grundstücksbesitzer. Statt Vor schläge zu machen, wie einem solchen Widerstande privater Besitzer wirkungslos begegnet werden könne, kapituliert er ohne weiteres. Daß der Fleischerplatz auch einmal anderen Zwecken dienlich gemacht werden muß als den Übungen der Feuerwehr, scheint ihm gar nicht der Erwägung wert zu sein.

Montessori-Ausstellung im Kaufhaus

Neue Pädagogik

Vom Räte der Stadt wird uns geschrieben:

Die Erziehungsmethode der italienischen Märgin und Pädagogin Montessori gewinnt langsam Boden. Sie besteht im wesentlichen in der Abkehr von der bisherigen schulmäßigen Lehr- und Lernmethode, die nach einem einheitlichen Plan einen gewissen Bildungstoff in gleicher Art und in gleichem Umfange an alle Kinder — ohne Rücksicht auf ihre Veranlagung und Begabung — theoretisch heranzubringen suchte. Und sie besteht (positiv) in dem Bestreben, durch eine bestimmte Art von Beschäftigungs- und Lehrmitteln, die sich der notwendigen Befriedigung der kindlichen Bedürfnisse anpassen, die anhaltende Selbstkontrolle durch das Kind zu ermöglichen und anzuregen. Das ist nur möglich auf Grund einer stark entwickelten Selbstdisziplin. Auf dieser Selbstdisziplin ist die Zucht in den Montessori-Kinderhäusern und erst recht in den Montessori-Schulen begründet. Man sagt sich — nicht mit Unrecht —, daß eine solche Disziplin von dauerndem Wert und von dauernder Wirkung sein kann, während der erzwungene Gehorsam zusammenbricht, wenn die äußeren Stützen, auf denen dieser Gehorsam beruht, entfernt werden. Außerdem soll dadurch das kindliche Aufmerksamkeitsvermögen aufrechterhalten werden, das die Kinder demühtigt, ihren Mut und ihre Initiative lähmt, überflüssig werden. Die Tätigkeit des Erziehers besteht darin, den Kräften des Kindes freien Spielraum zu verschaffen, daß sie sich üben und entwickeln können, und die natürliche Freude des Kindes an vernünftiger Selbstbetätigung und an dem selbständigen Ueberwinden von Schwierigkeiten zu erhalten. In den individuellen Beschäftigungen, bei denen sich die Kinder am stärksten zu konzentrieren pflegen, treten Gesetzmäßigkeiten, die zur Entwicklung des Gemeinschaftsgefühls beitragen. Auch hier, sowohl bei den Gleichgewichtsbau- und Hausarbeit als auch bei den musikalischen Übungen, als auch bei Garten- und Hausarbeit bleibt der Grundgedanke der Freiwilligkeit gewahrt. Die Freiheit des Kindes findet ihre natürliche Grenze in der Freiheit der andern. Die Kinder machen keinen Unterschied zwischen Spiel und Arbeit, wie die Erwachsenen ihn machen, weil beides frei von ihnen gewahrt wird.

Wenn dieser Zweck erreicht werden soll, müssen die Beschäftigungs- und Lehrmittel so gestaltet werden, daß sie das gesprochene Wort des Erziehers in gewissen Grenzen ersetzen. Die ganze dingliche Umgebung des Kindes muß so sein, daß das Kind allmählich lernt, sie zu beherrschen. Auf diese Weise wird ein gesundes Selbstbewußtsein und eine freiwillige Verantwortungsfreiheit hervorgerufen, und nach und nach eine scharfe Selbstklarheit über das, was die Kinder können, was sie noch nicht können und was sie können wollen. Die Montessori-Methode ist (mit andern Worten) ein Schulversuch, neue Wege zu suchen zur Bildung der Persönlichkeit und zur größtmöglichen harmonischen Entfaltung aller wertvollen Anlagen. Das soll vorbereitend erreicht werden in den Kinderhäusern und daran anschließend in den Schulen.

Die praktische Probe auf die Richtigkeit dieser neuen Methode ist in Deutschland noch nicht genügend gemacht worden. Dagegen hat man in Holland, wo bereits seit 14 Jahren Montessori-Schulen bestehen, gute Erfolge gehabt. Es bestehen in Berlin und in anderen deutschen Städten seit einiger Zeit ebenfalls solche Schulen. Die neue Erziehungsmethode ist jedenfalls wichtig genug, daß alle Kreise der Erziehungsberufenen sie sorgfältig verfolgen und ihre Ergebnisse für die Allgemeinheit fruchtbar machen.

Die Ausstellung besteht aus einem praktischen Anschauungsunterricht an den sich beschäftigenden Kindern und aus einer Sammlung von Beschäftigungs- und Lehrmitteln. Es ist eine ganze Anzahl von Räumen geschaffen worden, sowohl Spiel- wie Lernstuben, in denen die Kinder sich im Sinne Montessoris unter der Leitung ausgebildeter Lehrkräfte beschäftigen. Die Materialkasson zeigen die Mittel, mit denen man die Sinne der Kinder (Gesicht, Gehör, Tastsinn, Empfinden für Rhythmus, Musik usw.) anregt und steigert, und dann die Lehrmittel, durch

die das Kind (gleichsam spielend) lesen, schreiben, rechnen usw. lernt. Eine größere Menge verschiedenster Handarbeiten aus wertvollem und auch aus wertvollem Material, ferner Zeichnungen und Aufsätze sollen die Erfolge dieser Methode demonstrieren.

Die Ausstellung ist von Montag, 10. September, bis Mittwoch, 19. September, täglich von 9 bis 13 und 15 bis 19 Uhr im Kaufhaus Th. Althoff, Petersstraße, geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Die Eröffnung der Montessori-Ausstellung

Zu der Eröffnung der Montessori-Ausstellung hatte sich heute vormittag um 10 Uhr eine stattliche Zahl der geladenen Gäste eingefunden. Herr Stadtrat Stahl wünschte der Veranstaltung besten Erfolg, versicherte aber zugleich, daß er nicht daran denke, nun in Leipzig gleich einige Montessori-Schulen zu eröffnen. Nicht von außen und nicht mit Trompetenschall und Paukenschlag und ähnlichen Heilsarmeeerhebungen, sondern von innen heraus müsse dieses neue, von allen weltanschaulichen Fragen und Beeinflussungen freie Menschenbildungsverfahren der Reife entgegengeführt werden. Sicherlich sei den Lehrern und nicht zuletzt dem Leipziger Lehrerverein, so un bequem es manchmal der Verwaltung gemorden sei, zu empfehlen, daß er die Probleme, die in dieser Beziehung der Lösung harren, vollumfänglich erkannte habe. Und es sei nur zu wünschen, daß der Geist der Montessori-Schule auch die Schulverwaltung durchdringe.

Aber Herr Stadtrat Stahl mußte doch wissen, daß die Eltern, auf deren Einstellung zu pädagogischen Neuerungen es doch sehr viel ankommt, gerade durch anschauliche Tatsachen, in diesem Falle durch die Erfolge, die die neuesten Erziehungsmethoden in stets vermehrtem Maße zutage fördern, für die von ihm aus Anlaß der Ausstellungseröffnung so sehr gefeierte neue Pädagogik am ehesten und gründlichsten gewonnen werden können.

Und an Erfolgen fehlt es wahrlich nicht. Das beweisen die Ausführungen der Vorstehenden der Deutschen Montessori-Gesellschaft, Frau Clara Grunewald. Sie legte an einigen Beispielen aus der Praxis der Berliner Montessori-Schulen dar, wie notwendig dem Kleinkinde neben der Familie die Kindergemeinschaft ist. Milieu und Anlage seien für die Entwicklung des Kindes ausschlaggebend; also wenn man bei der Erziehung die Milieuschäden hinwegschaffe, in die Erziehung auch die Milieubildung einbeziehe, werde eine solche Erziehung auch von härtestem Einfluß auf die Anlagen sein. Das neue Erziehungsverfahren, das das Kind nicht während vieler Stunden des Tages an die Bank festsetzt, sondern ihm völlige Bewegungsfreiheit gewährt, lassen das Kind sich auch körperlich weit schneller entwickeln. Aus der schnelleren körperlichen Entwicklung dürfe man schließen, daß es mit der Geistesentwicklung nicht schlechter gestellt sei.

Wir werden auf die Vorteile der neuen Erziehungsmethoden noch ausführlicher eingehen im Anschluß an die Vorträge, die heute, morgen und Mittwoch, abends 8 Uhr, im Feurich-Saale gehalten werden. Jedenfalls ist der Besuch der Ausstellung allen Eltern und Erziehern dringend zu empfehlen. Ob es zweckmäßig war, sie in ein Warenhaus zu verlegen, erscheint uns höchst zweifelhaft. Die zur Verfügung stehenden Räume werden sich als zu klein erweisen, überdies sind sie erst auf langen Fernwegen durch das große Möbellager des Althoff'schen Warenhauses zu erreichen. Möglich, daß die Montessori-Gesellschaft sich von dem Gedanken leiten läßt, daß das Warenhaus viele Personen anzieht, und so auch viele zu der Besichtigung der Ausstellung führt.

Aber Stadtrat Stahl hätte sich an die Spitze einer solchen Veranstaltung stellen und sich außerdem an die Elternratsorganisation wenden sollen, er hätte sicher mehr damit für die Sache getan, als so dafür getan werden kann. Aber mögen auch Mängel der Organisation bestehen, die Sache verdient Förderung und es wird sich auch lohnen, sie in Vergleich zu setzen mit der unter Führung der Lehrerschaft in Leipzig geschaffenen verwandten Einrichtung. Wie leicht stellt sich dabei heraus, daß durch Synthese des Montessori-Verfahrens mit dem in Leipzig Geschaffenen sich noch mehr für die Erziehung tun läßt, als ohne diese Synthese zu erreichen ist.

Großfeuer in Lindenau

Am Sonntagvormittag, gegen 10,30 Uhr, ist eine mit Stroh und ungedroschenem Getreide gefüllte Scheune auf dem Defonomiehof der Westend-Baugesellschaft in Leipzig-Lindenau, Vöhnerstraße 164, in Brand geraten. Mit größter Schnelligkeit griff das Feuer um sich. Die Feuerwehr, die mit sieben Koffern den Brand bekämpfte, konnte trotz angestrengter und umsichtiger Arbeit nicht verhindern, daß die Scheune und ein an sie angebauter Schuppen, der zu Lagerzwecken diente, vollständig ausbrannten. Der Sachschaden wird auf ungefähr 30 000 Mark geschätzt; er ist durch Versicherung gedeckt. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen über die Entstehungsurache des Brandes sind noch im Gange.

Genosse Friedrich Nüchtern

tritt heute, nach zweieunddreißigjähriger Tätigkeit in der Leipziger Volkszeitung, in den Ruhestand. Am 16. Mai 1893 in Leipzig geboren, betätigte sich Genosse Nüchtern schon als junger Mensch und noch unterm Sozialistengesetz an der Parteiarbeit, zunächst in Erfurt und seit 1889 in Leipzig. Der Buchdruckerfreier im Jahre 1891 sah ihn bereits in der Streikleitung auf die Schwarze Alste gesetzt, fand er in Leipzig keine Arbeit mehr und ging deshalb nach Dortmund in das dortige Parteigeschäft, wo er den damals von seinem Vater verstorbenen jungen Buchhändler Hans Stof kennen lernte, den späteren Redakteur der Leipziger Volkszeitung. 1893 nach Leipzig zurückgekehrt, arbeitete Friedrich Nüchtern zunächst in der Druckerei des „Wähler“, dem Vorläufer der Leipziger Volkszeitung, um dann im zweiten Jahre nach deren Gründung, 1896, in deren Druckerei einzutreten. Bereits 1889 wählten die Thonberger Genossen Friedrich Nüchtern zum Vertrauensmann, und als 1902 die Lokalkommission gebildet wurde mit dem Zwecke, der Arbeiterchaft Versammlungsorte zu sichern, betrauten die Genossen Friedrich Nüchtern neben den Genossen Jägle und Pollender mit dieser Aufgabe. Den älteren Parteimitgliedern wird noch der Bierkrieg von 1903 in Erinnerung sein, den die Lokalkommission so glänzend durchführte. Vom Juli 1906 bis Mai 1925 gehörte Genosse Nüchtern dem Agitationskomitee und, wie es später hieß, dem Bezirksvorstand an, dessen 2. Vorsitzender er lange Zeit war. Daß Genosse Nüchtern auch mit den wilhelminischen Geseßen in Konflikt geriet und dabei auch einmal eine Geldstrafe erlitt, sei als selbstverständlich registriert.

Wenn Genosse Nüchtern nunmehr nach über vierzigjähriger Partei- und Gewerkschaftsarbeit in den verdienten Ruhestand tritt, so wünschen wir ihm als einen der Veteranen der Leipziger Arbeiterchaft noch eine ganze Reihe guter Jahre.

Einschränkung der Rummelplätze

Die durchaus nicht beneidenswerte Lage des Schaustellergewerbes hat die Nachfrage nach Plätzen für die Ausstellung von Karussells, Schaubuden usw. in den letzten Jahren beträchtlich gesteigert. Begreiflicherweise sind aber die Anwohner der den Schaustellern zugewiesenen Plätze über die lärmende Musik sowohl wie über das lebhaft Treiben des durch solche Schaustellungen angelegten Publikums nicht gerade erbaut. Sie beklagen daher die Behörden mit Beschwerden. Der Rat hat sich auch genötigt gesehen, diesen Beschwerden in möglichst weitgehendem Maße nachzugeben. Ueberdies ist aber die wirtschaftliche Lage mancher Schausteller so, daß sie, falls ihnen Plätze für ihre Unternehmungen nicht zur Verfügung gestellt werden, der öffentlichen Fürsorge anheim fallen würden. Der Rat sah sich daher veranlaßt, mit Bedacht vorzugehen. Spielzeit und Musikausgaben wurden beschränkt und auch sonst nach Möglichkeit darauf Bedacht genommen, die Beschäftigungen der Einwohner auf das Mindestmaß herabzudrücken. Er will auch weiter allmählich den Betrieb noch einschränken, da er der Meinung ist, daß derartige Geschäfte mit dem Leben und Treiben einer Großstadt nicht vereinbar sind.

Nationalisierung in der Stadtverwaltung

Die vom nichtständigen gemischten Ausschuss zur Vereinfachung und Berichtigung der städtischen Verwaltung bisher vorgenommenen Prüfungen einer ganzen Reihe städtischer Verwaltungsabteilungen und Rassen haben ergeben, daß durch die Einstellung von Buchungsmaschinen Kassen- und Buchführung vielfach vereinfacht werden und dadurch überdies größere Sicherheit für die Rassenführung und außerdem bedeutende Ersparnis erreicht werden kann. Der Rat hat daher zur Beschaffung von Buchungsmaschinen für die Kassen des Schulamtes und des Südfriedhofs und auch anderer Rassenstellen die maßhaltige Buchhaltung ins Auge gefaßt und, da er bereits am 1. April mit dem neuen Buchungsverfahren beginnen will, bereits eine Anzahl Maschinen in Auftrag gegeben. Die Beamten und Angestellten der Stadt müssen sich also darauf gefaßt machen, daß ihnen der Rummelplatzraum eingengt wird. Die jetzt in Betrieb zu nehmenden Maschinen werden mit den bereits im Betrieb befindlichen nicht die einzigen bleiben. Weitere kommen hinzu und Personaleinsparungen sind die Folge. Auch daran zeigt sich wieder, daß in der kapitalistischen Produktionsweise sich aller Fortschritt der Technik zunächst in einer Benachteiligung der in den entsprechenden Zweigen beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten bemerkbar macht.

Jugendheim Mühlstraße 14. Die Stadtverordneten haben bereits im Januar 1927 beschlossen, in dem Grundstück Mühlstraße 14, in dem sich das Jugendheim Ost befindet, das Dachgeschoss für Jugendpflegezwecke freizumachen. Der Rat ist diesem Beschlusse auf Erweiterung der Jugendpflegeräume beigetreten und erwirkt den Stadtverordneten, die Wohnung des Heimwartes aus dem ersten Obergeschoss ins Dachgeschoss zu verlegen und die damit im ersten Obergeschoss freiwerdenden Räume als Heimräume einzurichten. Die Kosten für die notwendig werdenen Umbauten sind auf 7300 Mark veranschlagt.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Offbeizert (Vertrauensleute). Dienstag, den 11. September, 20 Uhr, in der Bibliothek.

Offbeizert (Funktionäre). Mittwoch, den 12. September, 20 Uhr, im Sophienstädtischen Konradstraße 20: Wichtige Sitzung der gesamten Funktionäre des Bezirks. Tagesordnung: Bildungsarbeit, Statuten und Richtlinien.

Südbezirk. Freitag, 14. September, 20 Uhr, in der Linde in Döblich: Vortrag des Genossen Graf „Die politischen Hintergründe des Kellogg-Paktes“. — Berichte. — Aussprache.

Frauen.

Alt-Leipzig. Dienstag, 11. September, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer siehe Tafel: Lichtbildervortrag des Genossen Steiger über: Neues Wohnen.

Paundorf. Donnerstag, 13. September, 20 Uhr, im Gutspark: Vortrag des Genossen Theo Mayer: „Gibt es einen Gott?“

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Wiederanruf. Heute Montag, 21 Uhr, im Volkshaus, Kolonnenade 4. Der Kursus zur Bedienung von Lichtbildapparaten findet am Freitag, 14. September, im Sekretariat statt. Beginn 19 Uhr.

Anfälle in Leipzig

Brennendes Motorrad. Während des Blumenkorso-Fahrens des Leipziger Motorrad-Vereins am Sonntagvormittag geriet in der Banziger Straße ein Motorrad in Brand. Durch das ausfließende Benzin brannte fast die ganze Straßbreite. Der zuschauenden Menge bemächtigte sich darob ein panikartiger Zustand und der einzige Verkehrsbeamte war nicht imstande, dem Hin- und Herlaufen der Neugierigen Einhalt zu bieten. Erst nachdem durch besonnene Hauseinwohner Sand und Wäse auf das brennende Rad geschüttet worden und der Explosionsgefahr und dem Feuer Halt geboten war, beruhigte sich die Menschenmasse. Der Motorradfahrer, der noch rechtzeitig abspringen konnte, stand ratlos neben seinem völlig ausbrennenden Rad.

Anfälle auf dem Mehlplatz. Am Sonntag ist gegen 23 Uhr auf dem Mehlplatz ein Chauffeur aus einem Kieperkarussell gestürzt. Mit Schädelverletzungen wurde er nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Einige Stunden vorher, kurz nach 17 Uhr, ist ein 75 Jahre alter Rentner von einem Sitz des Kieperkarussells gestreift worden und die Treppe heruntergestürzt. Auch er mußte nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht werden.

Ueber einen alten Ziegelstein gefahren und gestürzt ist am Sonnabend, kurz vor 22 Uhr, ein Straßenbahnfahrer auf seinem Motorrad in der Frankfurter Straße in der Nähe des Ziegelsteins. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und schwere Kopfverletzungen und mußte dem Krankenhaus St. Georg zugeführt werden.

Schlägerei. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist gegen 24 Uhr in der Prinz-Eugen-Straße ein 24 Jahre alter Arbeiter bei einer Schlägerei in den Unterleib getreten worden. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht.

In der Straßenbahn hängen geblieben. In der Landsberger Straße ist am Sonntag gegen 20 Uhr eine 17 Jahre alte Weibsbilderin mit dem Fahrrad an einem Straßenbahnzug der Linie 8 hängen geblieben und ein Stück mitgeschleift worden. Sie erlitt Hautabschürfungen und wurde nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht.

Zusammenstoß zwischen Auto und Straßenbahn. Heute früh um 7 1/2 Uhr erfolgte in der Tauchaer Straße ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug der Linie 17 und einem Mollerer-Dieselfauto der Firma Richard Thomas. Am Straßenbahnwagen wurde der Vorderperron eingedrückt. Der Kraftwagen blieb unbeschädigt. Personen sind nicht verletzt worden.

Zwei Kinder fallen aus dem Fenster und bleiben unverletzt. Am Sonnabend gegen 13 Uhr sind aus dem Fenster des 1. Stods des Grundstückes Karstraße 18 zwei Kinder im Alter von drei und vierjährig Jahren in den Hof gestürzt. Die ärztliche Feststellung ergab, daß beide Kinder keinen Schaden erlitten haben.

Einspruch wegen der Eheberatungsstelle

Der Rat der Stadt kann sich durchaus nicht dazu bequemen, den auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion von der Stadtverordnetenmehrheit beschlossenen Richtlinien für die zu schaffende Eheberatungsstelle zuzustimmen. Er weiß aber auch noch nicht, wie er sich dazu stellen soll. Ihm liegt offenbar daran, den Einfluß der Stadtverordneten auf Leitung und Aufgabenkreis der Eheberatungsstelle auszuweiten. Sicherlich würde diese immer dringender werdende Einrichtung aber einen großen Teil ihres Wertes verlieren, wenn sie nach weltfremden bürokratischen Grundsätzen geleitet werden würde.

Polizeinachrichten

Auf freier Tat ertappt wurde der unbekannte junge Mensch, der vor einigen Tagen im Grundstück Kantstraße 52 eine Hausangestellte unzüchtig belästigt hat. In einem Grundstück in der Kaiser-Wilhelm-Straße hatte er erneut versucht, sich an einer Hausangestellten zu vergreifen. Auf ihre Hilferufe eilte ein zufällig im Grundstück anwesender Arbeiter herbei, der den Täter verfolgte und ihn nach der nächsten Polizeiwache brachte. Wie die kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergeben haben, kommt er noch zu einem weiteren ähnlichen Vorgang am 30. April d. J. in einem Grundstück der Friedstraße als Täter in Frage. Es ist ein 17jähriger Klempnerlehrling aus Leipzig-Lößnitz.

Freilichtkino. Von Montag, 10. September, bis Freitag, 14. September, veranstaltet das WZ im Volkshausgarten „Goldrausch“ mit Charlie Chaplin in der Hauptrolle, ein Film aus dem Goldgräberleben. Bei ungünstigem Wetter finden die Vorstellungen im Saale statt.

Wegen Straßenbauarbeiten müssen am Montag, dem 10., und Dienstag, dem 11. d. M., die Wagen der Linien 1 und 21 in Richtung nach Kleinjohannis bzw. Großmarktstraße von etwa 20.30 Uhr an bis Verkehrsfluß über Richard-Wagner-Straße—Georgiring—Kopplatz verkehren.

Elternabend. 5. Volksschule. Donnerstag, den 13. September, abends 20 Uhr, im Schulsaal: Sollen wir unsere Kinder segeln aufklären? Dr. med. Solowjewski.

Schwerhörige. Am 11. September, 19.30 Uhr, im Ryschhäuserhaus Vortrag mit Lichtbildern über den derzeitigen Stand der Röntgentechnik von Herrn Direktor Opitz, Firma Siemens-Reiniger-Weiss, Gesellschaft für medizinische Technik. Letzter Termin zur Anmeldung zu dem vom Wohlfahrtsministerium und dem Rat der Stadt veranstalteten Mundabsekturkurs. Alles Nähere in Schwerhörigenfragen bei: Bruno Jätsch, Leipzig W 33, Reuterstr. 30, II; Taubstummenlehrer Kurt Weichenting, Taubstummenanstalt, Karl-Sigismund-Straße 2; Oskar Fleischmann, Teubnerstraße 8, II.

Konzert auf dem Mehlplatz ist morgen Dienstag, von 15.30 bis 17.30 Uhr, unter Leitung von Konzertmeister Möhner.

Wiederaufbau im östlichen Erzgebirge

Am 6. September besuchten die Genossen Edel, Senjert und Rüdiger die Städte Berggießhübel, Gottkeuba und Glashütte, sowie die Gemeinde Fürstenwalde. Ueber ihre Eindrücke berichten die Genossen:

„Die ausführlichen Besprechungen mit den Gemeindevorstellungen ergaben, daß das Hilfswort für das Unglücksgebiet noch keineswegs als abgeschlossen gelten kann. Die Wiederaufbauarbeiten nehmen zwar ihren Fortgang. Straßen und Flußlauf sind zum Teil wieder in guter Verfassung. Aber es bleibt noch vieles zu tun übrig. Die Finanzierung geht über die Kräfte der Gemeinden hinaus. Dies trifft besonders auf den Hochbau zu.

Hier ist am stärksten die Stadt Berggießhübel betroffen, bei der es nötig war, einen Teil der Häuser, die unmittelbar an der Gottkeuba standen, in einem hochgelegenen Teile des Ortes anzubauen. Der Gemeinde ist eine riesige Schuldenlast erwachsen, die mittelbar und unmittelbar ihre Ursache in der Hochwasserkatastrophe hat. Für Straßenbau und Befestigung, Drainagearbeiten und für Wasserversorgung, nicht zuletzt auch für den Hochbau, mußten so hohe Aufwendungen gemacht werden, daß es dringend nötig ist, der Gemeinde eine weitere Unterstützung zu gewähren. Indirekt ist ja die Stadt Berggießhübel, ebenso wie die Städte Gottkeuba und Glashütte und andere Orte, im Katastrophengebiet schon dadurch außerordentlich geschädigt, daß zeitweise auf die normalen Zinsen, Abgaben und Steuern der Gemeindebürger so gut wie verzichtet werden mußte. Auf der anderen Seite ergaben sich für die Gemeinde Mehrkosten, die sich auch finanziell auswirkten.

Wie unmöglich es ist, daß die von der Katastrophe betroffenen Gemeinden künftig ohne jede Hilfeleistung auskommen können, zeigt drastisch das Beispiel der circa 500 Einwohner zählenden Grenzgemeinde Fürstenwalde. Diese aus armen Kleinbauern und Arbeitern bestehende Gemeinde ist aufgefordert worden, 18.000 Mark zum Straßenbau zuzuschließen, der sich infolge der Hochwasserkatastrophe nötig macht. Dabei ist es der Gemeinde nicht einmal möglich, 1500 Mark für den Bau der zerstörten Brücken beizusteuern. Hier muß geholfen werden.

Die Stadtgemeinde Gottkeuba leidet ebenfalls unter der finanziellen Misere auf das Schmerzlichste. Für Gottkeuba treffen, wenn auch nicht in gleichem Maße, die für Berggießhübel angedeuteten Gründe zu. Der Kurbetrieb von Bad Gottkeuba erbrachte in diesem Jahre ganze 500 Mark, während früher der Gemeinde beachtliche Einnahmen zufließen. Darum ist es auch der Gemeinde, wenn nicht besondere Zuwendungen erfolgen, nicht einmal möglich, in der neueröffneten Schule Wasserlosets einzubauen. Auf Kosten der Hygiene muß gespart werden! Bestreben muß es ausbleiben, daß die Gemeinde gezwungen wurde, die ihr vom Gemeindegeld besonders übermiesigen Sammelgelder abzuliefern. Mithin ist in Gottkeuba vor allem auch die ungenügende Wasserversorgung. Die Gemeinde mußte während des Sommers täglich 200 Kubikmeter Wasser zum Kurbetrieb der Heilstätte der Landesversicherungsanstalt abgeben, obwohl sie selbst unter Wassermangel litt. Dabei hätte die Selbst-

stätte 800 Kubikmeter Wasser täglich benötigt. Also ist die Regelung der Wasserversorgung außerordentlich dringend. Die projektierten Talsperren müssen so schnell als möglich gebaut werden. Nicht nur deshalb, weil sonst die Bewohner des Müglitz- und Gottkeubales immer wieder gefährdet sind und weil immer wieder gewaltiger Schaden entstehen kann, sondern auch, um im Gottkeubal die Wasserversorgung zu regeln und im Müglitztal industrielle Kraftwerksanlagen zu schaffen.

Die Stadt Glashütte ist durch ihre Finanzalamität schon vor der Katastrophe fast hoffnungslos geworden. Daß sich durch die Katastrophe die Verhältnisse nur verschlechtert haben, ist selbstverständlich. Glashütte basiert, im Gegensatz zu Gottkeuba, in erster Linie auf industrieller Tätigkeit der Einwohner. Während einzelne Fabriken, wie feinerzeugt im Landtage nachgewiesen wurde, außerordentlich vorteilhaft abgefunden worden sind, ist nach dem einmütigen Urteil der Gemeindevorstellung teilweise soviel ungedeckter Schaden verblieben, daß eine Fortsetzung des Betriebes im Frage steht und dadurch neue schwere finanzielle Belastung der Gemeinde droht. Die Vereinigten Werke Glashütte, die früher eine Belegschaft von 160 bis 170 Personen hatten und gegenwärtig noch circa 80 Personen beschäftigen, stehen vor der Betriebsstilllegung. Durch die späte Regulierung der Müglitz erlebten sie nicht nur die Katastrophe im Juli des vergangenen Jahres, sondern hatten in der folgenden Zeit noch mehrmals schweren Wasserfahnen. Hier ist ein Eingreifen im Interesse der Gemeinde und der Arbeiter dringend nötig. Ebenso steht die Ortskrankenkasse vor einer Katastrophe. In ihrem Bereich wurden tausende, teilweise völlig ungeeignete, ja direkt kranker Arbeitskräfte durch unverantwortliche Arbeitsämter zu Kosthandschellen nach dem Hochwassergebiet vermittelt. In normalen Zeiten hat die Kasse kaum 2000 Mitglieder. Mithin mußte sie den achtfachen Unterstützungsbeitrag aufwenden. Hierzu standen die Mehreinnahmen in keinem Verhältnis. So ist der Ortskrankenkasse nachweisbar eine Last von 100.000 Mark erwachsen. Nicht nur mühten alle Reserven aufgezehrt werden, es sind darüber hinaus noch 73.000 Mark ungedeckte Schulden vorhanden. Eine so kleine Kasse wie die in Glashütte kann aus eigener Kraft niemals gesund werden. Die Kassenmitglieder sind bereits aufs äußerste angespannt. Auch hier ist also öffentliche Hilfe nötig.

Nach vielen Einzelwünschen bestehen im Katastrophengebiet. Viele Hoffnungen werden unerfüllt bleiben müssen; doch sollten wenigstens die dringenden Forderungen bewilligt werden, die auf Grund außergewöhnlicher Verhältnisse noch aufgestellt werden müssen. Die Kommission verspricht, sich mit aller Energie für die berechtigten Forderungen der Gemeinden im Katastrophengebiet einzusetzen. Die nötigen Schritte werden sofort eingeleitet. Die Regierung sollte sich nicht davon lassen, daß die Hilfsaktion abgeschlossen werden muß, sondern berechnete Wünsche erfüllen. Man geht aber wohl nicht in der Annahme fehl, daß auch der Landtag nach seinem Wiederzusammentritt nochmals zu Hilfsmassnahmen für das Katastrophengebiet Stellung nehmen muß.

Der Saatensatz in Sachsen

(Mitteilungen des Statistischen Landesamtes.)

Der August brachte bei häufig bedecktem Himmel und mittleren Wärmegraden wiederholt Niederschläge, die allerdings nicht genügen, den im Vormonat stark ausgetrockneten Böden die für ein ungehindertes Pflanzenwachstum ausreichende Feuchtigkeit zuzuführen. Die Bergung der Getreideernte ist bei vorwiegend trockener Witterung rasch und ohne Schwierigkeiten vollendet worden. Da Väter kaum vorhanden waren, konnten Maschinen bei der Ernte in weitem Umfange verwendet werden. In den höheren Lagen sind die Erntearbeiten noch in vollem Gange, doch ist hier der meiste Teil der Getreideernte fertig geräumt. Das Schalen der Stoppeln ist meist schon weit vorgeschritten. Nur auf schweren, durch die Trockenheit verhärteten Bodenarten bereiten die Pflugarbeiten Schwierigkeiten. Auch die Ernte der nur spärlich entwickelten Grüns hat gute Fortschritte gemacht und ist teilweise bereits beendet.

Die im August gefallenen Niederschläge waren zu gering, um das Wachstum der Futterpflanzen ausreichend anzuregen, so daß ein empfindlicher Futtermangel weiter anhält. In vielen Teilen des Landes besteht kaum noch eine Möglichkeit, dem Vieh Grünfutter zu reichen. Der Stoppelteiler steht nur selten befriedigend. Die zu Futterzwecken angebauten Zwischenfruchtgemenge können sich auf den ausgetrockneten Böden nur mangelhaft entwickeln. Die Niederschläge des August haben auf besseren Böden und in höheren Lagen eine Erholung der Hackfrüchte bewirkt, waren aber nicht ausreichend, in trockeneren Lagen, besonders auf Sandböden, eine Aenderung ihres unbefriedigenden Standes zu veranlassen.

Infolge der Trockenheit haben sich Hamster und besonders Mäuse stark vermehrt. Die Rottschabe, die die sächsischen Kautschukbäume zum großen Teil vernichtete, hat in ihren Zerfressungen etwas nachgelassen, doch treten Erdflöhe und mehrere Raupenarten in erheblichem Umfange auf.

Das Statistische Landesamt berechnet für das Land folgende Durchschnittswerte (dabei bezeichnet 1 einen sehr guten, 2 einen guten, 3 einen mittleren, 4 einen geringen und 5 einen sehr geringen Stand): Hafer 3,1 (2,5), Kartoffeln 2,9 (2,4), Runkelrüben 3,1 (2,6), Zuckerrüben 3,1 (2,5), Rote 3,8 (2,5), Luzerne 3,3 (2,4), Weizenwässerungswiesen 3,4 (2,8), andere Wiesen 3,8 (2,4). Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf Anfang September 1927.

Sie kommen auch noch

Die Hauptversammlung des Buchhändlerverbandes für das ehemalige Königreich Sachsen (1), die vor einigen Tagen in Limbach stattfand, hat beschlossen, künftig den Namen „Verband sächsischer Buchhändler“ zu führen. Auch diese reaktionäre Organisation scheint also bemerkt zu haben, daß auf eine Rückkehr des verflochtenen Friedrich August wenig Aussicht besteht. Im nächsten Jahre soll die 50. Hauptversammlung in Meißen abgehalten werden.

Ein verzweifelter Versuch

Am Sonnabend hatte sich der 38 Jahre alte Elektrowagenführer Kaiser wegen Sittlichkeitsdelikten vor dem Schöffengericht in Dresden zu verantworten. Nach mehrstündiger geheimer Beweiserhebung wurde Kaiser der ihm zur Last gelegten Straftaten für schuldig befunden, und unter Verlesung mildernder Umstände in Anbetracht gleichartiger Vorstrafen zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen der Strafhöhe erstlich das Gericht am Schluß der Verhandlung Haftbefehl gegen ihn. Darüber geriet der Verurteilte in große Erregung, und verstaubte plötzlich unter Anschuldsbeteuerungen durch ein gerade offenes Fenster des im ersten Stock gelegenen Verhandlungsloalles in den Hof hinabzuspringen. Der schnell hinqualende Luftschutzwachmeister Schneider vermachte Kaiser noch rechtzeitig an den Beinen zu fassen und so den Sturz zu verhindern, der sicherlich zu erheblichen Verletzungen hätte führen müssen, da der Hofraum etwa 10 Meter tief liegt und abgepflastert ist. Man brachte den Angeklagten dann nach der Gefängnisanstalt.

Doppel- und Selbstmord aus Eifersucht

Zu einer schlimmen Eifersuchts-Tragödie kam es am Sonntagvormittag in dem Muldenstädtchen Penzig. Gegen 10 Uhr vernahm die Anwohner des Grundstückes Chemnitz Straße 41 aus der Wohnung der dreunddreißigjährigen Textilarbeiterin Olga Ackermann geb. Haldach einen erregten Wortwechsel zwischen zwei Frauen und einem Manne und wenig später mehrere Schüsse. Die sofort alarmierte Polizei fand die Wohnungsinhaberin mit einem Schläfenhieb tot in einem Armstuhl am Fenster stehend, mit einem Arm aufs Fensterbrett gestützt; ihre Mutter, die siebenundsechzigjährige Olga Haldach, lag mit einer Schußwunde in der Stirn tot auf dem Fußboden und über diese hingestreckt der achtundsechzigjährige privatierende Fuhrwerksbesitzer Gustav Ebersbach aus Rauschhof bei Leipzig. Er hatte sich in die Schläfe geschossen und war bereits gestorben als die Polizei eintraf. Nach Aufnahme des Tatbestandes wurden die drei Leichen nach der Totenkammer überführt und dort aufgebahrt.

Als Motiv der Tat muß Eifersucht angenommen werden. Der alte Ebersbach hatte zu Olga Ackermann, die schon seit einigen Jahren von ihrem Gatten getrennt lebte und kürzlich geschieden worden war, ein Liebesverhältnis unterhalten. Er soll sie auch wiederholt, wenn sie sich in mitleidiger finanzieller Lage befand, mit Geldbeträgen unterstützt haben. Dieser Tage war ihm nun zu Ohren gekommen, daß seine Geliebte auch zu einem in Chemnitz wohnenden Manne intimere Beziehungen unterhalte, und das muß den alten Herrn, der selbst verheiratet ist und mehrere erwachsene Kinder hat, außer Rand und Band gebracht haben. Er kaufte sich einen sechsstelligen Browning, fuhr nach Penzig und stellte Olga Ackermann zur Rede. Schon nach wenigen Minuten hat er sie dann niedergeschossen, ebenso ihre Mutter, die sich in der Wohnung befand, um aufzuräumen; die Tochter war nämlich in der vergangenen Woche krank gewesen. Die Schüsse haben allem Anschein nach sofort tödlich gewirkt.

Menschenmordende Autos

Auf dem Heimwege wurde gegen 23 Uhr ein Autobesitzer auf der Landstraße von einem Auto angefahren. Die Automobilisten kümmerten sich nicht um ihr Opfer, sondern rasten unerkannt davon. Der Gutsbesitzer wurde mit schweren Verletzungen bestmöglicherweise auf der Straße liegend aufgefunden; von der Arbeit heimkehrende Arbeiter leisteten ihm die erste Hilfe.

Sitzung der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Bürgermeister usw. Freitag, den 21. September 1928, mittags 1/2 12 Uhr, im Italienischen Dörfchen in Dresden. Tagesordnung: 1. Kommunalpolitische Richtlinien, Referent Gen. Schenker. 2. Verschiedenes.

Umgetauft. Das Ministerium hat genehmigt, daß die Gemeinde Constappel bei Meißen den Namen Gauernitz führt.

Werbau. In rasender Fahrt in die Weisze. In der Nacht zum Sonntag fuhr ein Mietkraftwagen erst einen 15 Zentimeter starken Straßenbaum und dann das starke Eisengelände einer Ufermauer der Weisze um, dann blühte er drei Meter tief in die Weisze. Zum Glück hatte der Wagen keine Gäste. Der Fahrer erlitt durch Glassplitter schwere Verletzungen am Rücken, doch konnte er sich aus dem Wagen selbst befreien; er wurde im Krankenhaus aufgenommen.

Zwischenfall. Im Suff in den Tod. Ein 38 Jahre alter Händler kam nachts 1 Uhr schwer angetrunken aus einer Wirtschaft. Der Mann versuchte, auf einem gerade vorbeifahrenden Personenkraftwagen zu springen, was ihm natürlich nicht gelang. Zum Unglück blieb der Händler auch noch am Auto hängen, wurde ein Stück geschleift und dabei so schwer verletzt, daß er auf der Stelle starb.

Die blaue Mauritius

Von Erich Grijar.

Als ich in London war, waren auch 50 Deutsche dort. Kleine Fabrikanten und Direktoren, die zur Messe herübergekommen waren...

Das war auf dem Wege ins Britische, wo eben jeder, auch wenn er zu Hause nie den Fuß in ein Museum gesetzt hat...

Am ein paar Worte der Anerkennung aus meinen Landsleuten herauszukommen, sprach ich einen kleinen Dicken, der zu Hause eine Handtascherei betreiben läßt...

Dagegen ließ sich viel sagen, aber ich sparte meine Worte und sah mit Wangen dem nächsten Morgen entgegen...

O, sage ich, wenn Sie sich ein paar Schritte weiter bemühen, am Hyde Park Corner sind gerade jetzt die Versammlungen der politischen Parteien...

So schwankten meine sieben Landsleute zwischen Anerkennung und Ablehnung hin und her. Immer dann, wenn ihnen etwas gefiel...

Und doch hat London auch diese Menschen mit einer guten Meinung von der Stadt und ihren Leuten eulassen. Als ich am nächsten Tage noch mal durch das Britische ging...

Za, denken Sie, gestern die Führung war ja so miserabel, daß man nichts gesehen hat. Und abends bei Tisch muß ich denn hören, daß hier die blaue Mauritius zu sehen ist...

gelagt, wir Deutschen unterschätzen die Engländer gern. Aber sie sind trotzdem ein tüchtiges Volk. Denn wissen Sie, die blaue Mauritius gibt's in der ganzen Welt nur zweimal...

Der ferriöse Rundfunk

Die Berliner Funk-Ausstellung ist dieses Mal die fünfte ihres Zeichens. Wenn auch sonst die Zahl fünf keine Berechtigung zum Jubiläumstag gibt...

Es wird deshalb nach fünf Jahren Rundfunk immer noch versucht und herumgebetet. Mal macht man dies, ein andermal versucht man jenes...

In dem diesjährigen Programm wird die Anzahl der Opern und Operetten pro Monat festgelegt. Es wird dann versprochen, daß die Sendung aktueller als bisher ausgefallen werden soll...

Kleine Chronik

Revue im Kristallpalast. Daß man in einer Revue junge Mädchen zu sehen kriegt, die außer der Schminke nicht viel anhaben, wenn sie nicht gerade in einem Bilde beschäftigt werden...

Mitteilungen der Städtischen Theater-Intendanz. Neues Theater: Die erste Neuinszenierung in dieser Spielzeit wird „Don Juan“ von Mozart sein...

Oh, oh! „Ich hoffe, daß ich Sie nicht langweile, gnädiges Fräulein.“ — „Aber keineswegs, ich habe schon ganz verpessen, daß Sie da sind.“

Süben wie drüben

(Amerikanische Justizkomödie im Schauspielhaus.)

Mit dem diesjährigen amerikanischen Kriminalstück von dem in der Art Literatur verfertigten Bayard Weiler: „Der Prozess Mary Dugan“ hat das Schauspielhaus ungleich besser gewählt...

Für die Inflation amerikanischer Kriminalstücke auf der Bühne wäre eine Anzahl von Gründen anzuführen. Mit dem Worte „Amerikanismus“ ist die Erscheinung nur an der Oberfläche gefaßt...

Geschwistererziehung auf diesem Gebiete ist die Ausstattungsrevue, die mit Schauspielen jene Erregung geben will, die im Kriminalstück das Entsetzen bewirkt...

Genug. Die Mode ist da, der Spatz daran auch. Der Spatz daran wird vergehen, die Mode auch. Wenn das Stück so gut gemacht ist und sozialer und juristischer Gepflogenheiten eines Landes kritisiert...

Das Entscheidende an Weilers Arbeit: alle drei Akte spielen im Gerichtssaal, das Stück stellt nur die Verhörhandlung dar. Mit bemerkenswertem Geschick steigern die Verhöre fortgesetzt die Spannung...

Das Schauspielhaus bringt den „Prozess“ in einer lauberen und wirkungsvollen, von Reinhold Valjago geleiteten Aufführung. Man hat in der Besetzung kleiner Rollen nicht mit guten Darstellern gespart...

Wirkung und Beifall waren groß. Das denkwürdigste des Abends lieferte nicht der Autor, nicht der Schauspieler, sondern das Publikum. Als der Staatsanwalt sagte, die Ehe sei gerätet auf Liebe und Hochachtung...